

Rudolf Steiner

## KOLUMNEN ZUM ZEITGESCHEHEN 1888 IN DER ZEITSCHRIFT «DEUTSCHE WOCHENSCHRIFT»

*Erstveröffentlichung: „Deutsche Wochenschrift“ 1888, VI. Jahrgang,  
Nr. 1 vom 30. Dezember 1887 bis Nr. 29 vom 18. Juli 1888 GA 31, S.  
17-110)*

### **Die Woche, 30. Dezember 1887 - 5. Januar 1888**

Die amtlichen Neujahrsempfänge, wie sie in Berlin, Paris, Pest usw. üblich sind, haben einigermaßen zur Beruhigung der Gemüter über die allgemeine Lage beigetragen. Es wurden fast durchgehend Reden gehalten, welche der Hoffnung auf Erhaltung des Friedens mehr oder weniger zuversichtlichen Ausdruck gaben, und wenn man die gegenwärtigen Zustände auch keineswegs als sehr erfreuliche bezeichnet, so legt man doch Nachdruck darauf, dass die Zeiten noch durchaus nicht so ernst geworden, dass die Lösung der obwaltenden Verwicklungen nur noch durch einen Krieg möglich sei. Freilich liegt in derartigen Bemerkungen nur ein schwacher Trost, und angesichts der in jeder Beziehung auffallenden und ungewöhnlichen militärischen Vorgänge in Russland bleibt es unmöglich, sich aller Besorgnisse über die Zukunft zu entschlagen. Als die wichtigste der politischen Neujahrsreden gilt diejenige, mit welcher Ministerpräsident v. Tisza die Glückwünsche seiner Partei erwiderte. Wie jedes Jahr hatten sich die Mitglieder der liberalen Partei auch heuer bei Tisza eingefunden, um ihm zu gratulieren, und auf eine herzliche Ansprache des Grafen Bela Bánffy entgegnete der Ministerpräsident zunächst, indem er den Herren seinen Dank aussprach, er habe das Bewusstsein, dass die Fahne des Liberalismus in seinem Vaterlande immer werde hochgehalten werden. Der Fortschritt im Lande könne nicht geleugnet werden, und der ungarische Staat kräftige sich von Jahr zu Jahr. Auch die Regelung der Finanzen werde gelingen, falls die Welt-

lage nicht gestört werde. «Aber», fügte Herr v. Tisza hinzu, und damit kam er auf die äußere Politik zu sprechen, «die Bedingung ist eine solche, für welche niemand gutstehen kann. Ich meinerseits schließe mich nicht jenen an - und dies sage ich ganz aufrichtig -, welche die Gefahr eines Krieges als vor uns stehend betrachten. Ich hoffe auch heute noch, dass wir dieser Gefahr entgehen werden... Ich halte es nicht für gerechtfertigt, im Tone der Pessimisten zu sprechen, würde es aber, wenn ich auch das Bessere hoffe, wieder für einen Fehler halten, den Optimismus zu verbreiten, denn der Optimismus lähmt oft die Widerstandskraft, die wir, ich will hoffen, dass nicht - aber möglicherweise dennoch nötig haben werden». Man sieht, Tizas Ausdrucksweise ist so vorsichtig wie möglich. An der Wiener Börse erregte seine Rede anfangs geradezu Schrecken, da das Telegraphen-Korrespondenzbüro an der bedeutsamsten Stelle: «Ich meinerseits schließe mich nicht jenen an ...», das Wörtchen «nicht» ausgelassen hatte, und die Kurse erfuhren heftige Rückgänge. Als die Richtigstellung erfolgt war, erholten sich die Papiere wieder.

Als ein friedliches Zeichen wird auch die wiederholte Bemerkung Kaiser Wilhelms beim Empfange der deutschen Generale gedeutet, dass die Hauptaufmerksamkeit derselben heuer die Kaisermanöver in Anspruch nehmen würden. Allein auch in dieser Äußerung liegt keine Versicherung, welche alle Gefahr zu beseitigen vermöchte. Und so geht Europa einer Zeit entgegen, die unsicher und dunkel ist, und Russland wird andere Beweise seiner Friedensliebe geben müssen als bisher, ehe sich seine Nachbarn wieder etwas sorgloser ihren inneren Angelegenheiten hingeben können.

Der deutsche «Reichsanzeiger» veröffentlichte die gefälschten Aktenstücke, welche dem Zaren übergeben wurden, um die deutsche Politik der Unehrlichkeit zu überführen. Es sind dies angebliche Briefe des Fürsten Ferdinand von Bulgarien an die Gräfin von Flandern, von denen sich herausgestellt, dass sie in Wahrheit niemals von dem Fürsten geschrieben wurden, und

denen unter anderem ein gefälschtes Schreiben des deutschen Botschafters in Wien beilag, in welchem dem Fürsten die offiziöse Unterstützung des Deutschen Reiches zugesagt war.

Das fünfzigjährige Priesterjubiläum, das Papst Leo XIII. am 31. Dezember feierte, verlief in glänzender Weise, und von allen Teilen der Erde waren Abordnungen mit Geschenken nach Rom gezogen, um dem Oberhaupte der Christenheit zu huldigen. Die meisten europäischen Monarchen waren durch außerordentliche Gesandte vertreten. Einen Misston brachte in das Fest nur das unerquickliche Verhältnis des Papstes zu Italien, und Leo XIII. glaubte es sich nicht versagen zu sollen, das italienische Königreich in einer Rede anzugreifen. Der Bürgermeister von Rom, Herzog von Torlonia, wurde seines Amtes von der Regierung entsetzt, weil er ohne Auftrag dem Papste die Glückwünsche der Stadtgemeinde hatte übermitteln lassen.

In Serbien ist ein Ministerwechsel eingetreten. Nachdem Ristic infolge eines Konflikts mit der radikalen Partei seine Entlassung genommen, bildete der König ein neues Ministerium mit Sava Gruitch als Ministerpräsidenten und Kriegsminister und Oberst Franassovic als Minister des Äußern. Die neue Regierung hat ganz die österreichfreundliche Politik Milans angenommen.

Wenige Tage nach Neujahr starb in Ungarn der Präsident des Oberhauses und Judex curiae Baron Paul Sennyey, seinerzeit als Führer der Konservativen der «schwarze Baron» genannt. Sennyey war lange ein erklärter Gegner Tizzas, als aktiver Politiker hat er indessen in dem letzten Jahre keine hervorragende Rolle mehr gespielt.

Noch möge des Jubiläums gedacht sein, welches die «Times» zu Neujahr feierte: am 1. Januar waren es hundert Jahre, dass sie zum erstenmal unter ihrem gegenwärtigen Titel erschien, und mit nicht unberechtigtem Stolze konnte das Cityblatt, die größte und einflussreichste Zeitung Englands und der ganzen Welt, auf die hundert Jahre zurückblicken, während deren sie der öffentlichen Meinung gedient.

**Die Woche, 5.-11. Januar 1888**

Eine wesentliche Veränderung in den Beziehungen Österreichs zu Russland scheint noch nicht eingetreten zu sein. Die Dinge stehen auf dem alten Flecke. Man hat versucht, aus der vorzeitigen Entlassung des ältesten Jahrgangs des russischen Gardekorps, die jetzt erfolgen soll, Kapital zu schlagen, allein die allgemeinen Rüstungen in Russland, von denen ab und zu immer neue Meldungen in die Welt dringen, lassen die Hoffnungen auf Erhaltung des Friedens nicht recht aufkommen. Österreich bleibt nach wie vor zurückhaltend. Auch auf den letzten Minister-Konferenzen, die in Wien stattfanden, und an denen die ungarischen Minister Tisza und Fejervary teilnahmen, wurden keine weitergehenden Beschlüsse gefasst. Das einzige, was einer Vorbereitung zum Kriege ähnlich sieht, ist die Einberufung der Reservisten in Österreich und Ungarn zu einer außerordentlichen siebentägigen Waffenübung behufs Einübung mit dem Repetiergewehr. Der dazu nötige Gesetzentwurf ist schon dem ungarischen Abgeordnetenhaus zugegangen und wird nächstens im Reichsrat vorgelegt werden.

Indessen wäre eine solche Maßregel wahrscheinlich um dieselbe Zeit auch unter friedlicheren Verhältnissen getroffen worden.

Es sind fast nur politische Kleinigkeiten, die im übrigen die Stille der Woche unterbrochen haben. Die Feiertagsstimmung wirkt noch nach. Die Eröffnung einer schönen Jubiläums-Ausstellung im Vatikan, ein schnell unterdrückter Putsch in Burgas - darauf beschränkt sich so ziemlich die Auslese im Auslande. Wichtiger können die Verhandlungen werden, die eben wieder zwischen den deutschen und tschechischen Landtags-Abgeordneten in Böhmen geführt werden sollen. Eine Verständigung ist zwar kaum zu erwarten, die Gegensätze sind zu groß. Aber man dürfte wenigstens genauer erfahren, was die Tschechen gegenüber den deutschen Forderungen zu bieten haben.

Inzwischen begingen die Deutschen in Prag aufs Festlichste die Feier der Eröffnung ihres neuen Theaters. Das Haus war an beiden Festabenden mit einer glänzenden Gesellschaft gefüllt, in welcher sich auch der Statthalter Baron Kraus und der Oberst-Landmarschall Fürst Lobkowitz befanden. Am ersten Abend wurden die «Meistersinger», am zweiten ein Gelegenheits-Lustspiel von Alfred Klaar und «Minna von Barnhelm» gegeben. Von der tschechischen Bevölkerung wurde die Feier in keinerlei Weise gestört. Nach der Vorstellung am zweiten Tage fand ein Festbankett statt, auf welchem Dr. Schmeykal in einer großen Rede die Bedeutung der Feier darlegte. Er schloss mit einem Hoch auf das deutsche Volk in Böhmen. Professor Knoll, Dr. Hermann aus Dresden und Dr. Klaar folgten dem Führer der Deutschböhmen mit erhebenden Trinksprüchen.

**Die Woche, 12.-18. Januar 1888**

Zar Alexander drückte in einem Schreiben an den Gouverneur von Moskau die zuverlässliche Hoffnung aus, dass auch in diesem und in den künftigen Jahren der Friede gestatten werde, in Russland alle Kräfte dem innern Gedeihen zu widmen. Diese Worte bilden die verhältnismäßig erfreulichste Friedensbotschaft, welche das neue Jahr bislang gebracht, und wenn der Zar seinem Moskauer Statthalter nicht einfach eine Phrase sagen wollte, dergleichen man wohl zum Jahreswechsel gebraucht, ohne tieferen Sinn in sie zu legen, so hätte Europa Grund, für einige Zeit ein wenig aufzuatmen. Der Zar gilt als ein Mann, der zu stolz ist, um nicht aufrichtig zu sein, und da niemand außerhalb Russlands ernstlich glaubt, der Friede könne anderswoher eine Störung erleiden als von St. Petersburg aus, betrachtet man diese Kundgebung als ein angenehmes Zeichen, dass sich die Lage im allgemeinen gebessert habe. Ob dieser Schluss richtig ist, das kann freilich erst die Zukunft erweisen, denn so unzweideutig hat der Zar seinen Willen, mit seinen Nachbarn Frieden zu halten, nicht erklärt, dass man sich nun aller Besorgnisse zu entschlagen vermöchte. Eine feierliche Erklärung, wie

man sie vom Zaren von verschiedenen Seiten zum griechischen Neujahr erwartet, ist nicht erfolgt. Mehrere russische Würdenträger, wie Graf Tolstoi, der Minister des Innern und der Generalprokurator der Synode, Pobjedonoszew, wurden mit hohen Orden ausgezeichnet; im übrigen blieb es in Russland still, nur die Truppenbewegungen und die Anhäufung von unterschiedlichem Kriegsmaterial an den Südgrenzen scheinen keine Unterbrechung erfahren zu haben.

Ziemlich hoffnungsvoll wie der Zar, aber ebenso wenig bestimmt und entschieden, sprach sich auch Salisbury auf einem Bankette der Konservativen in Liverpool über die Entwicklung der Zustände auf dem Kontinente aus. Er meinte, die europäische Lage habe sich zum Bessern gewendet, und der Friede sei jedenfalls für die nächste Zukunft gesichert; die Souveräne und Minister setzten sich mit aller Energie für die Aufrechterhaltung des Friedens ein. Solche Äußerungen sind wieder typisch geworden unter Staatsmännern und Fürsten, und beständen die Tatsachen allseitiger Rüstungen nicht, so vermöchte man sich ihnen immerhin mit größerem Vertrauen hinzugeben. Bloß aus Sofia dringt ein kriegerischer Klang. Beim Neujahrsempfange hielt Fürst Ferdinand eine Ansprache an die Offiziere der Garnison der Hauptstadt, in welcher er sagte, er sei mit Denken und Fühlen Bulgare geworden, und er werde seine Sache niemals von derjenigen Bulgariens trennen. Wenn er im laufenden Jahre gezwungen sein sollte, das Schwert zu ziehen, so würde die bulgarische Armee unter seiner Führung der Welt zeigen, dass die Bulgaren zu sterben wüssten für ihre Fahne und für die Verteidigung des Vaterlandes.

Im ungarischen Abgeordnetenhaus waren die Beziehungen Österreichs zu Russland Gegenstand zweier Interpellationen von Helfy und Perczel. Die Reden, mit denen die beiden Abgeordneten ihre Anfragen begründeten, wendeten sich scharf gegen Russland, und nicht weniger kategorisch lauteten die Worte der Interpellationen selbst. Helfy fragte die Regierung, ob sie von den russischen Kriegsrüstungen genaue Kenntnis besitze, ob das

Auswärtige Amt in Wien Schritte getan, um von Russland den Zweck dieser Rüstungen zu erfahren usw. Perczel verlangte geradenwegs, Russland solle entschieden aufgefordert werden, seine Rüstungen einzustellen und seinen Truppenstand an den Grenzen zu reduzieren. Ministerpräsident v. Tisza dürfte die beiden Anfragen demnächst beantworten. Der Heeresausschuss des Abgeordnetenhauses beschäftigte sich in den letzten Tagen mit dem Gesetzentwurf über die außerordentliche Einberufung der Reservisten zur Einübung mit dem Repetiergewehr. Der Entwurf wurde in der Hauptsache angenommen. Bei dieser Gelegenheit teilte Minister Fejervary mit, dass bisher 90 000 Repetiergewehre mit dem Kaliber von II Millimetern fertig seien, mit denen zwei Armeekorps versehen wurden. Jetzt ist das Abgeordnetenhaus in die Budgetdebatte eingetreten.

Nun ist auch der österreichische Reichsrat einberufen, und zwar für den 25. Januar, und allenthalben regt es sich wieder in der inneren Politik. Es scheint, dass sich das österreichische Abgeordnetenhaus schon in einer seiner ersten Sitzungen mit einem Antrage zu befassen haben wird, welchen Fürst Alois Liechtenstein auf Einführung der konfessionellen Schule stellen will. In einer Kaindorfer Wählerversammlung erklärte er wenigstens seine Partei sei entschlossen, diesen Antrag schon zu Beginn der nächsten Reichstagsession einzubringen.

Die Landtage arbeiten zum Teil noch weiter. In der Prager Landstube kam es am 13. Januar zu stürmischen Szenen, welche dadurch hervorgerufen wurden, dass die Aristokraten bei der Abstimmung über den Antrag Vataschys auf Einführung der sprachlichen Gleichberechtigung sitzenblieben. Die Jungtschechen ballten darob die Fäuste gegen die Großgrundbesitzer und riefen ihnen zu: «Ist das der tschechische Adel? Die tschechische Nation wird sich's merken! Schmach unserem Adel!» Und so weiter. Es entstand ein Tumult im Hause, und der Vorsitzende musste die Galerien räumen lassen. Einige Tage später wurde ein Antrag Mattuschs auf Dezentralisation des Volks- und Mittelschulwesens angenommen. Auch der galizische Landtag ließ

es sich angelegen sein, seine Stimme mehr als einmal zur Erweiterung der Landesautonomie zu erheben.

Von zwei Ergänzungswahlen für den Reichsrat in Linz und in Kuttenberg fiel die erstere zugunsten des deutschliberalen Grafen Kuenburg aus, der gegen einen Klerikalen und einen Antisemiten kandidiert hatte. In der anderen Wahl siegte der Jungtscheche Dr. Herold gegen seinen alttschechischen Gegner.

Der Preußische Landtag wurde am 14. Januar mit einer Thronrede eröffnet. Einer der ersten Sätze galt dem Kronprinzen, auf dessen Genesung die Hoffnungen bestehen-blieben. Indem die Rede zu den inneren politischen Angelegenheiten überging, bemerkte sie, dass die Finanzlage des Staates sich sehr günstig gestaltet habe, und dass die Erhaltung des Gleichgewichts der Einnahmen und Ausgaben gesichert erscheine, «sofern nicht unberechenbare Ereignisse störend dazwischentreten». Die verfügbaren Mittel seien u. a. zur Verbesserung der Lage der Geistlichen und der Beamten, vor allem aber zu einer Erleichterung des Druckes der Kommunal- und Schullasten in Anspruch zu nehmen. Dann stellt die Rede noch mehrere Vorlagen, wie über die Herstellung neuer Schienenverbindungen, in Aussicht. Das Budget, welches dem Abgeordnetenhaus vorgelegt wurde, setzt die Ausgaben und Einnahmen mit i 410 700 000 Mark an.

Dem Deutschen Reichstage ist der schon vor längerer Zeit angekündigte Entwurf, betreffend die Verlängerung des Sozialistengesetzes, zugegangen. Danach wird die Geltungsdauer des Gesetzes bis zum 30. September 1893 verlängert und mehrere Verschärfungen vorgenommen. Neben der Freiheitsstrafe kann fortan auch auf Aufenthaltsbeschränkung in einem bestimmten Orte erkannt werden. Die Staatsangehörigkeit kann dem Schuldigen entzogen und derselbe aus dem Bundesgebiete ausgewiesen werden. Diesen Bestimmungen schließen sich noch einige andere an. In der Begründung zu dem Gesetze heißt es, dass diese Verschärfungen notwendig geworden, weil die Sozialdemokratie durch die bisherigen Maßregeln an Kraft und Ausdehnung nicht verloren habe.

**Die Woche, 18.-24. Januar 1888**

Obwohl sich die allgemeine Lage in keinem wesentlichen Umstand geändert und noch kein Staat von seinen Rüstungen etwas zurückgenommen hat, scheint sich die ruhigere und hoffnungsvollere Stimmung befestigen zu wollen, die seit einiger Zeit eingetreten ist. Mancherlei private und amtliche Äußerungen hochgestellter Persönlichkeiten tragen dazu bei, wenigstens die schlimmsten Befürchtungen zu beseitigen. Fürst Bismarck soll bei einem Diner zu einem Miteigentümer der «Norddeutschen Allgemeinen Zeitung», Herrn v. Ohlendorff, bemerkt haben, nach seiner innersten Überzeugung werde Deutschland in den nächsten drei Jahren keinen Krieg haben. Und Kaiser Wilhelm streifte beim Empfange der Präsidenten des Preußischen Landtages die äußere Politik mit den Worten, dass er hoffe, dass der Friede erhalten bleiben werde. Derartige Bemerkungen wirken für den Augenblick immer beruhigend; man kann das am deutlichsten an den Börsen beobachten. Leider gelten sie oft auch nur für kurze Zeit, und Tatsachen vermögen die gründlichsten Überzeugungen zunichte zu machen. Man muss es schon als einen Gewinn betrachten, wenn sich die Aussichten nicht geradezu verschlechtern, und dies ist, wenn man der Stille in der äußeren Politik trauen darf, allerdings nicht der Fall. Zwischen Russland und Österreich ist das Verhältnis das alte geblieben, und es wird noch geraume Welle brauchen, ehe auf diesem Gebiete eine nachhaltigere Klärung eintritt. Die deutsch-französischen Beziehungen dagegen leiden dermalen nicht mehr so stark unter der Nervosität der öffentlichen Meinung, wie sie bei dem Zwischenfalle Schnaebelle zutage trat. Es wird das durch die Gleichgültigkeit bewiesen, mit welcher ein neuer unangenehmer Vorfall an der deutsch-französischen Grenze von beiden Seiten behandelt wird. Ein Franzose jagte in dem Grenzgebiete und wurde nach französischer Darstellung von einem deutschen Zollwächter überfallen, zu Boden geworfen und seines Gewehres beraubt. Dass Paris darüber nicht sofort in Ent-

rüstung geriet, ist ein erfreuliches Zeichen, dass man auch dort zu Zeiten solche Ereignisse nicht mehr allein aus dem Gesichtswinkel nationaler Leidenschaft betrachtet, sondern Besonnenheit genug besitzt, nicht für jede Handlung eines untergeordneten Beamten die deutsche Reichsregierung verantwortlich zu machen.

In den meisten Staaten ist die Woche ziemlich ruhig vorübergegangen. Die Parlamente widmen ihre Tätigkeit der Erledigung der laufenden Angelegenheiten. Nun versammelt sich auch der Österreichische Reichsrat wieder, der sich vielleicht bald mit der konfessionellen Schule zu befassen haben wird, und der auch noch den Staatsvoranschlag durchzuberaten hat. Es sind nicht die besten politischen und nationalen Auspizien, unter denen das österreichische Parlament seine Arbeiten wieder aufnimmt; die Ausgleichsverhandlungen zwischen Deutschen und Tschechen in Böhmen sind gescheitert, und dass dergestalt die wichtige böhmische Frage weiter von ihrer Lösung entfernt ist denn je, drückt den Zuständen in Österreich überhaupt seinen Stempel auf. Am 22. Januar beriet das Exekutiv-Komitee der deutschböhmischen Landtags-Abgeordneten in Prag über die letzten Vorschläge des Fürsten Lobkowitz und beschloss, auf die Wahl von Delegierten zu weiteren Verhandlungen nicht einzugehen. Dr. Schmeykal erhielt den Auftrag, diesen Beschluss dem Oberst-Landmarschall mitzuteilen. Damit ist die «Versöhnung» in die Brüche gegangen. Über den Inhalt der Unterhandlungen, die vom Fürsten Lobkowitz mit den Deutschen geführt wurden, gibt ein Briefwechsel näheren Aufschluss, der zwischen Lobkowitz und Dr. Schmeykal stattgefunden. Die Briefe wurden soeben veröffentlicht, und es geht aus ihnen hervor, dass die tschechischen Parteien gar nicht daran dachten, die Forderungen der Deutschen zu erfüllen. Was die Tschechen an Zugeständnissen boten, enthielt nicht die Hälfte von dem, was die Deutschen verlangten, und namentlich lehnten sie es ab, auf die deutschen Landtagsanträge einzugehen, welche die Aufhebung der Sprachenverordnungen und die vollständige nationale Zweiteilung des Landes zum Gegenstande hatten. So blieb den

Deutschen nichts übrig als zurückzutreten. Das letzte Schreiben Dr. Schmeykals an den Fürsten Lobkowitz schließt mit folgenden Sätzen: «In der uns übergebenen Zuschrift vom 5. Januar d. J. wird uns mitgeteilt, dass die Vertreter der beiden anderen Landtagsklubs außerstande seien, die von uns gewünschte prinzipielle Zustimmung zu unseren Landtagsanträgen auszusprechen, und dass ihnen auch die in unserem Schreiben vom 19. Dezember 1887 enthaltenen Gegenvorschläge nicht alle so gear- tet erscheinen, dass man die Annahme derselben nach unseren Wünschen bei der in Aussicht genommenen Konferenz erwarten könnte.

So lebhaft unser Wunsch ist, zu einer Verständigung über die Bedingungen unseres Wiedereintritts in den Landtag zu gelangen, welche eine friedliche Gestaltung der Verhältnisse im Lande versprechen, so aufrichtig ist nun auch unser Bedauern, gegenüber jener Stellungnahme der Vertreter der Landtagsmehrheit, im Zusammenhange mit unseren früher mitgeteilten Beschlüssen und den hier vorausgeschickten Ausführungen, die offene Erklärung abgeben zu müssen, dass wir in die vom Herrn Oberst-Landmarschall vorgeschlagene Konferenz nicht einzu- gehen und daher auch der an uns ergangenen Einladung zur Wahl unserer Vertreter für jene Konferenz nicht zu folgen vermögen. Es möge uns gestattet sein, an diese Erklärung die Versi- cherung zu reihen, dass wir bei der von der anderen Seite so oft betonten Bereitwilligkeit, den Weg der Verständigung mit uns zu betreten, nicht erwartet hätten, jedes grundsätzlichen Entge- genkommens der Landtagsmehrheit entbehren zu müssen und ihr Zugeständnis auf eine formale Zulassung beschränkt zu se- hen, welche wohl eine Beratung unserer Vorschläge gestattet, uns aber nicht die mindeste sachliche Befriedigung gewährt. Erwägen wir alle einer grundsätzlichen Annahme unserer Vor- schläge entgegretenden Schwierigkeiten, so können wir den Grund derselben doch nur in staatsrechtlichen Auffassungen finden, welchen wir zu folgen allerdings außerstande sind. In- dem wir die Erklärung unserer Bereitwilligkeit wiederholen, Inter den von uns im Zuge des bisherigen einleitenden Ver-

kehrts entwickelten Voraussetzungen auf Verhandlungen über die Bedingungen unseres Wiedereintritts in den Landtag einzugehen, schließen wir mit dem aufrichtigen Ausdrucke des Dankes für die bestgemeinten Absichten Sr. Durchlaucht des Herrn Oberst-Landmarschalls.»

#### **Die Woche, 25.-31. Januar 1888**

Herr von Tisza hat im Ungarischen Reichstage am 28. Januar die Anfragen beantwortet, welche die Abgeordneten Helfy und Perczel von der äußersten Linken über die allgemeine Lage an ihn gerichtet. Irgendeine Enthüllung, eine bemerkenswerte Neuigkeit brachte die Tizzasche Rede nicht, allein sie umschrieb nochmals mit ziemlicher Deutlichkeit den Standpunkt Österreichs in der äußeren Politik und das Verhältnis des Reiches zu Deutschland und Russland - so deutlich, wie sich eben der verantwortliche Leiter einer Regierung unter den kritischen Zuständen der Gegenwart auszusprechen vermag. Gleich am Anfange seiner Ausführungen erklärte der Ministerpräsident, dass er sich bedeutende Zurückhaltung auferlegen müsse, selbst eine Regierung wie die englische sei dermalen dazu gezwungen. Er warne jedermann sich von den einander oft ganz widersprechenden Zeitungsgerüchten beunruhigen zu lassen. Man dürfe sich durch dieselben nicht irreführen lassen; so sei kein wahres Wort daran, dass der Minister des Äußern bezüglich seiner politischen Entscheidungen Einmischungen und Konflikten ausgesetzt sei, und ebenso sei kein Sterbenswörtchen wahr davon, dass der Kriegsminister bei seiner, Tizzas, letzten Anwesenheit in Wien um einen Kredit für militärische Vorbereitungen nachgesucht habe, der ihm infolge von Tizzas Widerspruch verweigert worden. Und so sei es auch mit der Frage, ob Österreich-Ungarn auf seine Verbündeten rechnen dürfe. Es müsse offenbar im Interesse irgend jemandes liegen, den Frieden zu stören, da fortwährend Gerüchte ausgestreut würden, welche das Vertrauen der verbündeten Mächte zueinander zu erschüttern geeignet wären. «Diesen Ausstreuungen», versicherte Tisza, «steht

die Tatsache gegenüber, dass nicht der geringste Grund vorhanden ist, dass irgend jemand an der gegenseitigen bona fides der zur Aufrechterhaltung des Friedens und zu ihrer eigenen Sicherheit verbundenen Mächte zweifeln könne. Dass Russland», fuhr er alsdann fort, «eine einschneidende Dislokation und Verlegung seiner Truppen gegen Westen vornimmt, ist sattsam bekannt, sowie auch dass die Durchführung dieses seit längerer Zeit bestehenden Planes in der Richtung der Grenzen dieser Monarchie in neuerer Zeit in größerem Maße erfolgte. Eben deshalb, jedoch ohne irgendeinen Zweifel in die friedfertigen Erklärungen Sr. Majestät des Kaisers von Russland und in dessen wohlwollende Absichten zu setzen, und indem wir selbst die von russischer Seite gegebenen Interpretationen, welche in betreff jener Truppenbewegungen jede aggressive kriegerische Absicht bestreiten, so weit annehmen, als es die Vorsicht für die eigene Sicherheit gestattet, ist es unsere Pflicht, dafür zu sorgen, dass bei Vermeidung all dessen, was den Schein einer Provokation haben könnte, das für alle Fälle Nötige geschehe, was die Sicherung unserer Grenzen und die Wehrfähigkeit unserer Armee erfordert. Die Ziele und Prinzipien unserer auswärtigen Politik sind den Völkern der Monarchie und aller Welt bekannt. In dieser Hinsicht habe ich mich geäußert und hat sich auch der Minister des Äußern ausgesprochen. Jeder weiß es, dass wir für uns gar nichts, weder eine vertragswidrige Ausdehnung unseres Einflusses, noch gar irgendeinen Territorialzuwachs anstreben, wie dies uns lügnerischerweise zugeschrieben wird. Auf der Basis der internationalen Verträge stehend, wünschen wir vor allem die Erhaltung des Friedens und werden auch im Interesse desselben stets bereit sein, in versöhnlichstem Sinne im Vereine mit den übrigen europäischen Mächten behufs Erhaltung der vertragsmäßigen Zustände mitzuwirken. Ich kann nur wiederholen, was schon seitens der Regierungen wiederholt gesagt wurde, dass das Bündnis der mitteleuropäischen Mächte nie etwas anderes war als ein entschiedenes Friedensbündnis auf rein defensiver Basis und deshalb ebenso der gewaltsamen Durchführung bestimmter politischer Fragen wie

jedem aggressiven Vorgehen fernsteht. Da auch von Russlands maßgebendster Stelle die friedlichsten Absichten verkündet werden, können wir, indem wir zugleich die Lebensinteressen unserer Monarchie wahren, trotz mancher zur Zwietracht und zum Kriege treibender Elemente, hierauf die Hoffnung gründen, dass es den friedliebenden Monarchen und Regierungen gelingen werde, den Frieden zu erhalten und Europa von dem schwer auf demselben lastenden Gefühle der Unsicherheit zu befreien.»

Tizsas Antwort wurde vom Abgeordnetenhaus mit lebhaftem Beifalle begrüßt und einstimmig zur Kenntnis genommen. Auch die Herren Helfy und Perczel erklärten sich von ihr befriedigt. Helfy fügte seinen zustimmenden Bemerkungen hinzu, dass man im Auslande Ungarn verkenne, wenn man meine, die öffentliche Meinung dieses Landes lasse sich in ihrer Haltung gegen Russland von Hass und Rachedurst leiten: «Der Tag, an welchem das ungarische Volk sich mit seinem Herrscher versöhnte, überantwortete die vergangenen Ereignisse der Geschichte. Wenn wir gegen die Ausdehnungspolitik Russlands sprechen, so denken wir nicht an Vilagos, nicht an die Vergangenheit, sondern an die Zukunft nicht bloß Ungarns sondern der gesamten Monarchie und des Thrones.»

Es wäre ungemein wünschenswert, wenn sich die Äußerungen des ungarischen Ministerpräsidenten über die Friedensliebe des Zaren bestätigten. Auch wenn die Kriegspartei in Russland noch so einflussreich ist, ein russischer Monarch bleibt Herr seiner Entschlüsse, die Umstände lägen denn schon verzweifelt, und eine friedfertige Gesinnung des Zaren vermöchte drum wohl auf lange hinaus Europa vor dem Unheil eines großen Krieges zu behüten. Aber was in Russland ununterbrochen militärisch vorgeht, ist nicht dazu angetan, im Auslande Beruhigung zu verbreiten. Man vermag sich des Eindrucks nicht zu erwehren, dass die russische Heeresverwaltung alle Vorkehrungen treffe, um im gegebenen Augenblick sofort mobilisieren zu können, so zwar, dass es an Raschheit hinter seinen schlagferti-

geren Nachbarn nicht zurückbleibe. Ein Tagesbefehl des russischen Kriegsministers verfügt die schon früher beschlossene Zuteilung von Generalstabsoffizieren zu sämtlichen Brigadeverwaltungen; Aufgabe dieser Offiziere sei es, wie ausdrücklich betont wird, das Material zur Mobilisierung vorzubereiten, die Übungen der Reservebataillone zu leiten usw. Nach nicht amtlichen Mitteilungen steht es außer Zweifel, dass die Rüstungen auch anderweit fortgesetzt werden. Zugleich wird soeben in Petersburg eine alljährlich stattfindende Versammlung der Generalgouverneure und Bezirkskommandanten unter dem Vorsitze des Großfürsten Nikolaus des Älteren, des Oberbefehlshabers im Kriege gegen die Türkei, zu besonderen Konferenzen «benutzt». Die bekanntesten Truppenführer befinden sich unter den Beratenden. Mag sein, dass durch dergleichen Tatsachen nicht unmittelbar Gefahr droht, sie für friedensverheißend zu halten, haben die europäischen Staaten jedenfalls nicht den geringsten Grund.

Inzwischen wurde der Österreichische Reichsrat wieder eröffnet, und noch in der ersten Sitzung des Abgeordnetenhauses am 25. Januar legte Prinz Alois Liechtenstein im Namen des Zentrumklubs den längst angekündigten Gesetzentwurf über die Wiedereinführung der konfessionellen Schule vor. Dieses «Reichsvolksschulgesetz» bestimmt die «Grundsätze», die für das Unterrichtswesen maßgebend sein sollen, und es heißt da u. a., die Volks-Schule habe die Aufgabe, die Kinder nach den Lehren ihrer Religion zu erziehen; sie bestehe aus zwei Abteilungen, der Elementarschule mit sechsjähriger Unterrichtsdauer und der Bürgerschule, Fachschule usw.; die Besorgung, Leitung und Beaufsichtigung des Religionsunterrichtes sei Aufgabe der Kirche, beziehungsweise der betreffenden Religionsgenossenschaft; zugleich übe die Kirche oder die Religionsgenossenschaft die Mitaufsicht über die ganze Schule aus; das Glaubensbekenntnis der Lehrer müsse mit demjenigen der Kinder übereinstimmen; die Erlassung aller gesetzlichen Bestimmungen im einzelnen bleibe der Landesgesetzgebung vorbehalten. Die Volksschule soll mit einem Wort von neuem unter den Einfluss der Kirche

gestellt und im übrigen, d.h. vor allem in nationaler Beziehung, den verschiedenen Landtagsmehrheiten in den Provinzen ausgeliefert werden, welche letztere Bestimmung berufen ist, die Slaven für das neue Gesetz zu interessieren und für seine Einführung willfährig zu machen. Es ist nicht anders als natürlich, dass sich von deutscher Seite allsogleich ein entschiedener Widerstand gegen die Liechtensteinsche Vorlage erhob. Die Vorstände des Deutsch-Österreichischen Klubs, des Deutschen Klubs und der Deutschnationalen Vereinigung traten zu einer Besprechung zusammen, in welcher ein gemeinschaftliches Vorgehen der deutschen Parteien gegen den Gesetzentwurf festgestellt wurde, und in einem großen Teile der deutschen Städte, Vereine usw., mit dem Wiener Gemeinderat an der Spitze, wurden bereits Kundgebungen beschlossen, die sich in der schärfsten Weise gegen die klerikalen Forderungen aussprechen. Nächstens wird in Wien eine große Versammlung von Bürgern stattfinden, die ebenfalls Protest gegen dieselben einlegen soll. Wie sich die sklavischen Parteien zu der Sache verhalten, ist noch völlig unklar. Unzweideutig gegen Liechtenstein scheinen nur die Jungtschechen zu sein, die sich vor kurzem zu einem «Klub der unabhängigen Abgeordneten» unter dem Vorsitz Dr. Engels vereinigt. Altschechen, Polen, Slowenen usw. verlegen sich aufs Warten, und es ist nicht unmöglich, dass sich der größere Teil von ihnen etwas gegen weitergehende Konzessionen oder gegen Versprechungen auf anderem Gebiete für die Vorlage noch gewinnen lassen werde. Über die Haltung der Regierung ist noch gar nichts bekannt. Glücklicherweise stehen alles in allem die Aussichten für das Zustandekommen des Gesetzes bisheran schlecht genug.

Gleichzeitig mit dem Liechtensteinischen Schulantrag wurde dem Abgeordnetenhaus von der Regierung eine Reihe von Gesetzentwürfen vorgelegt, worunter ein Grenzregelungsvertrag mit Rumänien, ein Gesetz über die Verschärfung der Rechte der akademischen Behörden gegenüber Studentenvereinen und -versammlungen, die Vorlage über die Einberufung der Reservisten zur Einübung mit dem Repetiergewehr und die Handels-

übereinkommen mit Deutschland und Italien. Von seiten der Abgeordneten ergingen in der ersten Sitzung an die Regierung mehrere Anfragen, und Dr. Sturm brachte einen Antrag ein über einige Abänderungen des summarischen Verfahrens im Zivilprozess. Nachdem noch einige Interpellationen aus früheren Zeiten von der Ministerbank beantwortet waren, ging das Haus zur Tagesordnung, und zwar zunächst zur Beratung des Antrages Bärnreither über Hilfskassen über. Auch in der zweiten Sitzung kamen die Minister auf veraltete Interpellationen zurück, deren Beantwortung seinerzeit erheblich größeren Wert besessen hätte; darauf gelangte die Zuckerbesteuerung zur Debatte, die mit einer großen, eingehenden Rede Pleners eingeleitet wurde. Aus den Vorgängen des dritten Verhandlungstages ist eine Interpellation des Deutschen Klubs über die übernehmenden Zeitungs-Konfiskationen hervorzuheben. Schon diesmal wurde aber auch der klerikale Schulantrag gestreift. Dr. Sturm berührte denselben bei Beratung über das Gesetz betreffend die Einberufung der Reservisten, indem er darauf hinwies, dass sich ein Rückgang der Bildungshöhe des Volkes nicht am wenigsten in der Tüchtigkeit der Soldaten fühlbar machen müsse, und der Landesverteidigungsminister stimmte dem Abgeordneten Sturm vollständig bei. Das Gesetz wurde unverändert angenommen und darauf die Erörterung über das Steuergesetz fortgeführt, zu welchem für die Regierung Dr. v. Dunajewski das Wort ergriff. Bislang sind also die Verhandlungen in ziemlich geschäftsmäßiger Weise vorübergegangen.

Das Ungarische Abgeordnetenhaus ist in die Spezialdebatte über den Staatsvoranschlag eingegangen, und auch dort schreiten die Beratungen rüstig weiter. Das Gesetz über die Einberufung der Reservisten wurde schon am 25. Januar erledigt. Die Magnatentafel hat in dem Kronhüter Baron Vay einen neuen Präsidenten an Stelle des verstorbenen Sennyey erhalten.

Wichtiger als im Donaureiche sind im allgemeinen die parlamentarischen Vorgänge in Deutschland. Das Preußische Abgeordnetenhaus hatte wieder eine große Polendebatte, in welcher

Minister v. Goßler die Stellung der preußischen Behörden zur Polenfrage in einer Weise darlegte, welche seltsam von den österreichischen Verhältnissen sich abhebt. Goßler erklärte, dass es die preußische Verwaltung nur mit der Provinz und keinem Großherzogtum Posen zu tun habe. Die Polen müssten deutsch lernen, und die deutsche Sprache Gemeingut aller Mitglieder des Staates werden. Unter den engeren Freunden der Polen gab Windthorst seiner Verwunderung darüber Ausdruck, dass man in Posen Erregung schüre, wo an den Grenzen der Krieg drohe. Die ganze Debatte war durch eine Interpellation der Polen über die Verordnung vom 7. September 1887, betreffend die Abschaffung des polnischen Sprachunterrichtes in den Posener, westpreußischen und schlesischen Volksschulen veranlasst. Im Deutschen Reichstage war es nach einer Verhandlung über die klerikal-konservativen Anträge auf Einführung des Befähigungsnachweises für das Handwerk das Sozialistengesetz, welches die Parteien am lebhaftesten beschäftigte. Der Sozialdemokrat Singer erhielt als der erste das Wort, um sich aufs schärfste gegen das Gesetz zu wenden, und er spielte als seinen höchsten Trumpf die von schweizerischen Amtspersonen bestätigten Mitteilungen aus, dass die Berliner Polizei in der Schweiz Agenten unterhalte, welche nicht nur über die dortige sozialdemokratische Propaganda zu berichten, sondern auch die Leute aufzuhetzen und zu Verbrechen zu verleiten hätten. Der Minister des Innern, von Puttkamer, erwiderte darauf, dass kein Staat auf die Geheimpolizei verzichten könne, dass es aber eine unwürdige Verdächtigung sei, dass die Regierung zu Verbrechen anstiften lasse. Auch in der Schweiz besitze dieselbe Agenten zur Beobachtung des Anarchismus, und dadurch sei die preußische Polizei in die Lage versetzt worden, die Petersburger von dem bevorstehenden Anschlag im Winterpalaste benachrichtigen zu können. Die Fälle, welche Singer bezeichnet, seien dem Minister unbekannt. Es sei übrigens traurig, dass die Schweizer Behörden ausländischen Privatleuten so oft gestatten, in die Akten Einsicht zu nehmen. Dann sprach Puttkamer zugunsten des neuen Gesetzes, um Deutschland vor einer gesellschaftlichen

Umwälzung zu bewahren. Für das Zentrum sprach Reichensperger, für die Freisinnigen Bamberger, für die Nationalliberalen Marquardsen, insgesamt gegen das Gesetz. Bebel bestätigte und erweiterte die Enthüllungen Singers über die deutschen Agenten im Auslande. Nach einer neuerlichen Entgegnung Puttkamers und den Reden von Kardorff und Windthorst wurde die Verhandlung geschlossen und das Gesetz einem Ausschusse überwiesen. Es scheint, nach der Stimmung im Reichstage zu urteilen, dass die deutsche Regierung lediglich eine Verlängerung des bestehenden Sozialistengesetzes werde durchsetzen können, nicht die vorgeschlagene Verschärfung desselben. In der Kommission, welche das Wehrgesetz durchberät, gab der Kriegsminister bekannt, dass die einmaligen Ausgaben für dieses Gesetz ungefähr 280 Millionen Mark betragen würden, die dauernden Auslagen dürften sich jährlich auf 150 000 Mark belaufen. Eine Erklärung aber, dass dies die letzte militärische Forderung sein werde, könne er nicht abgeben. Das Gesetz wurde von der Kommission angenommen.

#### **Die Woche, 1. - 7. Februar 1888**

Die Regierungen von Deutschland und Österreich haben sich zu einem Schritte entschlossen, der, selten in der Geschichte der Diplomatie, auch von ungewöhnlicher Tragweite für die Gestaltung der Beziehungen der europäischen Großmächte sein kann. Am 3. Februar abends veröffentlichten gleichzeitig der «Reichsanzeiger» in Berlin, die «Wiener Abendpost» und das «Pester Amtsblatt» den Wortlaut des Deutsch-Österreichischen Bündnisvertrages, der am 7. Oktober 1879 abgeschlossen wurde. Die Veröffentlichung wurde verfügt, um, wie es in der Einleitung heißt, «den Zweifeln ein Ende zu machen, welche an den rein defensiven Intentionen des Bündnisses auf verschiedenen Seiten gehegt und zu verschiedenen Zwecken verwertet werden». Beide verbündete Regierungen seien von dem Bestreben geleitet, den Frieden zu erhalten und Störungen desselben nach Möglichkeit abzuwehren; sie seien überzeugt, dass die Bekanntgabe

des Inhaltes ihres Bündnisvertrages jeden Zweifel hierüber ausschließen werde. Der Text des hochwichtigen Aktenstückes, das für alle Zeiten als ein hervorragendes Denkmal in der Geschichte Deutschlands und Österreichs angesehen werden wird, muss auch in der «Deutschen Wochenschrift» seinen Platz finden. Es lautet wörtlich:

«In Erwägung, dass Ihre Majestäten der Kaiser von Österreich, König von Ungarn, und der deutsche Kaiser, König von Preußen, es als Ihre unabweisliche Monarchenpflicht erachten müssen, für die Sicherheit Ihrer Reiche und die Ruhe Ihrer Völker unter allen Umständen Sorge zu tragen;

In Erwägung, dass beide Monarchen ähnlich wie in dem früher bestandenen Bundesverhältnisse durch festes Zusammenhalten beider Reiche imstande sein werden, diese Pflicht leichter und wirksamer zu erfüllen; in Erwägung schließlich, dass ein inniges Zusammengehen von Österreich-Ungarn und Deutschland niemanden bedrohen kann, wohl aber geeignet ist, den durch die Berliner Stipulationen geschaffenen europäischen Frieden zu konsolidieren, haben Ihre Majestäten der Kaiser von Österreich, König von Ungarn, und der Kaiser von Deutschland, indem Sie einander feierlich versprechen, dass Sie Ihrem rein defensiven Abkommen eine aggressive Tendenz nach keiner Richtung jemals beilegen wollen, einen Bund des Friedens und der gegenseitigen Verteidigung zu knüpfen beschlossen.

Zu diesem Zwecke haben Allerhöchst dieselben zu Ihren Bevollmächtigten ernannt: Seine Majestät der Kaiser von Österreich, König von Ungarn, Allerhöchst Ihren wirklich Geheimen Rat, Minister des Kaiserlichen Hauses und des Äußern, Feldmarschall-Lieutenant Julius Grafen

Andrassy von Csik-Szent-Kiraly und Kraszna-Horka, etc.  
etc.

Seine Majestät der deutsche Kaiser,

Allerhöchst Ihren außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter, General-Lieutenant Prinzen Heinrich VII. Reuß etc. etc., welche sich zu Wien am heutigen Tage vereinigt haben und nach Austausch ihrer gut und genügend befundenen Vollmachten übereingekommen sind, wie folgt:

#### Artikel I

Sollte wider Verhoffen und gegen den aufrichtigen Wunsch der beiden hohen Kontrahenten Eines der beiden Reiche von Seite Russlands angegriffen werden, so sind die hohen Kontrahenten verpflichtet, Einander mit der gesamten Kriegsmacht Ihrer Reiche beizustehen und demgemäß den Frieden nur gemeinsam und übereinstimmend zu schließen.

#### Artikel II

Würde Einer der hohen kontrahierenden Teile von einer anderen Macht angegriffen werden, so verpflichtet sich hiermit der andere hohe Kontrahent, dem Angreifer gegen seinen hohen Verbündeten nicht nur nicht beizustehen, sondern mindestens eine wohlwollende neutrale Haltung gegen den Mitkontrahenten zu beobachten.

Wenn jedoch in solchem Falle die angreifende Macht von Seite Russlands, sei es in Form einer aktiven Kooperation, sei es durch militärische Maßnahmen, welche den Angegriffenen bedrohen, unterstützt werden sollte, so tritt die im Artikel I dieses Vertrages stipulierte Verpflichtung des gegenseitigen Beistandes mit voller Heeresmacht auch in diesem Falle sofort in Kraft, und die Kriegführung der beiden hohen Kontrahenten wird auch

dann eine gemeinsame bis zum gemeinsamen Friedensschlusse.

Artikel III

Dieser Vertrag soll in Gemäßheit seines friedlichen Charakters und um jede Missdeutung auszuschließen, von beiden hohen Kontrahenten geheim gehalten und einer dritten Macht nur im Einverständnisse beider Teile und nach Maßgabe spezieller Einigung mitgeteilt werden.

Beide hohe Kontrahenten geben sich nach den bei der Begegnung in Alexandrowo ausgesprochenen Gesinnungen des Kaisers Alexander der Hoffnung hin, dass die Rüstungen Russlands sich als bedrohlich für Sie in Wirklichkeit nicht erweisen werden, und haben aus diesem Grunde zu einer Mitteilung für jetzt keinen Anlass; sollte sich aber diese Hoffnung wider Erwarten als eine irrtümliche erweisen, so würden die beiden hohen Kontrahenten es als eine Pflicht der Loyalität erkennen, den Kaiser Alexander mindestens vertraulich darüber zu verständigen, dass Sie einen Angriff auf Einen von Ihnen als gegen Beide gerichtet betrachten müssten.

Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag eigen. händig unterschrieben und ihre Wappen beigedrückt.

Geschehen zu Wien, am 7. Oktober 1879

LS. gez.: Andrassy    LS. gez.: Heinrich VII. Reuß

Der erste Eindruck, den die Veröffentlichung dieser Urkunde hervorbrachte, war überall ein aufregender und ernster, denn man konnte sich nicht verhehlen, dass derartige Schriftstücke nur in gefährlichen Zeiten der Einsichtnahme der ganzen Welt preisgegeben zu werden pflegen.

Inzwischen ist der aufsehenerregenden Veröffentlichung eine Kundgebung gefolgt, die an dieselbe beinahe an Wichtigkeit

hinanreicht. Es ist die Rede, die drei Tage später Fürst Bismarck im Deutschen Reichstage bei Gelegenheit der Beratung der Militäranleihe und der Wehrvorlage gehalten, und die wir an leitender Stelle besprechen.

Es ist völlig unmöglich, in knappen Zügen ein erschöpfendes Bild derselben zu geben, welche die volle Frische seines genialen Geistes atmete. Genug, dass sie ihre Schuldigkeit tat und sämtliche Parteien des Reichstages mit Inbegriff der Klerikalen und Freisinnigen bewog, die Wehrvorlage en bloc anzunehmen. Bismarck dankte für diese Einmütigkeit mit den Worten, dass der Reichstag damit eine wesentliche Friedensbürgschaft gegeben habe.

Die Veröffentlichung des Bündnisvertrages und die Bismarcksche Rede drängen alles Interesse an anderen Dingen zurück. Auch Crispi bezeichnete nach der Publikation des Vertrages die Lage als ernst, aber man habe keine Drohung beabsichtigt, lediglich eine Warnung an die friedestörenden Elemente. Die Enthüllung kam auch in anderer Beziehung gelegen, denn gerade um diese Zeit suchte einer der angesehensten Staatsmänner Frankreichs, der Kammerpräsident Floquet, der als der einzig mögliche Ministerpräsident der Zukunft bezeichnet wird, eine Annäherung mit der russischen Diplomatie, indem er den Wunsch aussprach, mit dem russischen Botschafter in Paris, Baron Mohrenheim, in intimere gesellschaftliche Beziehungen zu treten, der auf ausdrückliche Genehmigung der Regierung des Zaren auch gewährt wurde. Floquet hatte sich nämlich seinerzeit durch den Ruf: «Es lebe Polen!» vor Zar Alexander II. die Gunst Russlands verscherzt, und jeder russische Botschafter hatte den Auftrag, ihn in der Gesellschaft zu meiden.

Im Österreichischen Abgeordnetenhaus wurde alsbald, wie wohl vorauszusehen war, ein Antrag eingebracht, die Regierung aufzufordern, im Einvernehmen mit Ungarn Unterhandlungen mit der deutschen Regierung einzuleiten, welche zu einer Genehmigung des Bündnisvertrages durch die Volksvertretungen der verbündeten Reiche und zu einer verfassungsmäßigen

Inartikulierung dieses Vertrages in die Grundgesetze des Staates führen sollen. Der Antrag wurde von Dr. Knotz und der Deutschnationalen Vereinigung gestellt.

Das politische Material, das sonst noch vorliegt, beschränkt sich so ziemlich auf die üblichen Verhandlungen in den Parlamenten von Wien und Berlin. Im Deutschen Reichstag stand die Militärvorlage und die Verlängerung der Legislaturperioden auf der Tagesordnung, im Österreichischen Abgeordnetenhaus vor allem ein Zuckersteuergesetz. Die Beratungen werden hüben und drüben fleißig fortgesetzt. Eine kräftige Unterstützung ihrer Stellung erhalten die österreichischen Abgeordneten durch die zahlreichen Kundgebungen, die sich aus der Mitte der Bevölkerung heraus gegen den Antrag des Prinzen Liechtenstein richten. Und diese Bewegung wird noch lange nicht zur Ruhe kommen.

#### **Die Woche, 8.-15. Februar 1888**

Die Wirkung, welche die Enthüllung des deutsch-österreichischen Bündnisvertrages und die große Rede Bismarcks gehabt, war allenthalben eine ungemein tiefgehende, und noch jetzt zittert in der europäischen Presse die Erregung nach, die sie hervorgerufen. Es ist begreiflich, dass die beiden Ereignisse mannigfache Vermutungen zur Folge hatten, welche sich auf die Stellung der fremden Mächte zu dem Bündnis der beiden mitteleuropäischen Reiche bezogen, um so mehr, da der deutsche Kanzler ausdrücklich der Abmachungen gedacht, die mit «anderen» Staaten und insbesondere mit Italien getroffen wurden. Man konnte erwarten, dass das Bündnis mit Italien ähnliche Grundzüge besitzen werde wie das deutsch-österreichische, und der römische Korrespondent der «Neuen Freien Presse» glaubt für Mitteilungen die Bürgschaft übernehmen zu können, welche diese Annahme bestätigen. Seine Darlegungen erhalten dadurch Gewicht, dass sie von der «Norddeutschen Allgemeinen Zeitung» im Wort-laute abgedruckt wurden.

Sie bezeichnen folgendes als den Inhalt der Verträge, die Italien mit Deutschland und Österreich geschlossen: Mit Deutschland, dass die beiden Staaten einander mit der gesamten Kriegsmacht bis zum gemeinsamen Friedensschlusse beizustehen haben, wenn einer von ihnen von Frankreich angegriffen würde; der Vertrag gelte der Erhaltung der nationalen Selbständigkeit und Freiheit, und die Vertragsteile versichern, den Frieden nicht willkürlich brechen zu wollen. Mit Österreich wird verabredet, dass auf beiden Seiten wohlwollende Neutralität zu beobachten sei, wenn Österreich mit Russland oder Italien mit Frankreich in einen Krieg verwickelt würde; Österreich verpflichtet sich außerdem, die italienischen Interessen im Mittelmeer zu unterstützen und auf der Balkan-Halbinsel nichts zu unternehmen, ohne sich vorher mit Italien ins Einvernehmen gesetzt zu haben. Für den Fall, dass Frankreich und Russland zugleich losgeschlagen sollten, muss die gesamte Heermacht aller drei verbündeten Reiche aufgeboten werden. Ergänzt sollen diese Verträge durch Vereinbarungen sein, die zwischen Italien, Österreich und England getroffen wurden zum Schutze der österreichischen und italienischen Küsten gegen alifällige feindliche Landungen. Diesen Mitteilungen fehlt bisher noch das amtliche Siegel; allein man hat ziemlich allgemein ihre innere Wahrscheinlichkeit anerkannt. Nur was England betrifft, erklärte Unterstaatssekretär Fergusson schon vorher im Unterhause, dass die Regierung keinerlei England zu einer materiellen Aktion verpflichtende Abmachung eingegangen sei, die dem Hause nicht bekannt wäre.

Wie sich nun die europäische Lage nach den Begebenheiten der letzten Wochen darstellt, ist nur schwer zu sagen. Es scheint, dass Fürst Bismarck und der deutsch-österreichische Vertrag wirklich den Schürern und Hetzern in Russland und Frankreich einen starken Dämpfer aufgesetzt haben. Andererseits ist keine wesentliche Veränderung in der Haltung der einzelnen Mächte zueinander eingetreten, und namentlich hat Russland nicht aufgehört, seine Rüstungen zu vervollständigen. Im Augenblick bestehen auch noch ziemlich schlechte Beziehungen zwischen

Italien und Frankreich, die in dem Abbruche der Verhandlungen über die Erneuerung des Handelsvertrages ihren Ausdruck gefunden. Der Zollkrieg steht bevor. Nach einer Rede, welche Lord Salisbury im Englischen Oberhause gehalten, wäre dermalen für den Frieden nichts zu fürchten; England besitze die bündigsten Versicherungen, dass Russland kein ungesetzliches Vorgehen im Auge habe.

Auch die Thronrede, mit welcher das englische Parlament am 9. Februar eröffnet wurde, enthält keine beunruhigenden Bemerkungen, und bloß dass sie der europäischen Lage überhaupt nicht gedenkt, kann als ein Zeichen für den Ernst der Zeit angesehen werden. Aber nirgends fühlt man sich von den Sorgen befreit, die schon durch Monate auf den Gemütern lasten, und es ist kaum anzunehmen, dass sich das fatale Kriegsgewölk so bald verziehen werde.

Wie sehr übrigens die verbündeten Mächte bemüht sind, jeden Glauben zu zerstören, als planten sie Angriffe, dafür kann füglich auch ein Toast als Beweis gelten, den Prinz Wilhelm neulich bei einem Festmahle ausgebracht und in dem er u. a. sagte, er wisse, dass ihm speziell im Auslande leichtsinnige, nach Ruhm lüsterne Kriegsgedanken imputiert würden: «Gott bewahre mich», fügte jedoch der Prinz hinzu, «vor solchem verbrecherischen Leichtsinne - ich weise solche Anschuldigungen mit Entrüstung zurück!»

Recht unerfreuliche Nachrichten sind inzwischen von San Remo eingelangt. Um der Erstickungsgefahr vorzubeugen, die sich eingestellt, musste am deutschen Kronprinzen durch Dr. Bramann der Luftröhrenschnitt vorgenommen werden, und obwohl die Operation keine allzu bedenkliche ist und auch in diesem Falle glücklich vorüberging, beweist sie doch, dass das Leiden nicht diejenigen frohen Anschauungen rechtfertigt, die man noch vor kurzem über eine baldige vollständige Genesung des hohen Kranken gehegt. Es wäre innig zu wünschen, dass diese Operation ohne üble Folgen bleibe, und dass die Kunst der

Ärzte nicht wieder müsste zu solchem Eingriff in Anspruch genommen werden.

In den Parlamenten Deutschlands und Österreichs werden die Arbeiten mit kurzen Unterbrechungen weitergeführt. Der Reichstag nahm gegen die Stimmen des Zentrums, der Freisinnigen und der Polen und Dänen den Antrag der Kartellparteien auf Einführung fünfjähriger Gesetzgebungsperioden an; für die gleiche Veränderung entschied sich das Preußische Abgeordnetenhaus. Danach genehmigte der Reichstag ohne Debatte das Gesetz betreffend die Aufnahme einer Anleihe für Militärzwecke, und endlich wurde die Verlängerung des Sozialistengesetzes in seiner bisherigen Form ohne die von der Regierung beantragten Verschärfungen auf zwei Jahre, d.h. bis zum 30. September 1890, angenommen. Im Österreichischen Abgeordnetenhaus wurde zunächst die Beratung über das neue Zuckersteuergesetz beendet, worauf die Handelsübereinkommen mit Italien und Deutschland vorgenommen wurden. Das erstere war bald erledigt. Dagegen entspann sich eine lebhafte Debatte über die Konvention mit Deutschland, in welcher die deutschnationalen Abgeordneten sich mit Wärme für die Erweiterung des Bündnisses mit dem Deutschen Reiche in politischer und wirtschaftlicher Beziehung einsetzten. Die Redner des Deutsch-Österreichischen Klubs verhielten sich diesem Gedanken gegenüber viel kühler, und die Slaven befassten sich überhaupt nicht damit, es wäre denn gewesen, um ihrer Abneigung gegen das deutsche Bündnis schon in seiner gegenwärtigen Form Ausdruck zu verleihen, wie es der Jungtscheche Herold getan. Die Vorlage wurde natürlich angenommen. Dann kam die Angelegenheit der Kohlenlieferungen für die Südbahn in Verhandlung. Das Herrenhaus trat am 1. Februar zusammen und beendete bisher die Erörterung über das Krankenversicherungsgesetz, das vom Abgeordnetenhaus zurückgelangt war.

**Die Woche, 15. - 22. Februar 1888**

Die Stockung, welche in den diplomatischen Verhandlungen der Mächte über die obwaltenden Schwierigkeiten vor einigen Monaten eingetreten war, und die der Krise ein so bedenkliches Wesen gegeben, soll nun durch russische Vorschläge in betreff Bulgariens behoben werden. Russland will zum Ursprung der Verwicklungen zurückkehren und die Verhältnisse in Bulgarien zum Gegenstand einer europäischen Intervention machen, um eines der bedeutendsten Hindernisse zur Verständigung zu beseitigen. Die russische Diplomatie schlägt demgemäß, wie man meldet, den Mächten vor, durch einen gemeinschaftlichen Beschluss die Regierung Ferdinands von Koburg in Bulgarien als ungesetzlich zu erklären und den gegenwärtigen tatsächlichen Fürsten zu zwingen, das Land zu verlassen, um eine Neuordnung der Zustände zu ermöglichen. Wie die russischen Vorschläge im einzelnen lauten, welche Mittel sie in Aussicht nehmen, um die Beschlüsse Europas durchzuführen, und zumal, welche Haltung die maßgebenden Reiche zu den russischen Eröffnungen einnehmen, von alldem ist noch nichts Verlässliches bekannt. Allein schon jetzt verhehlt man sich nicht, dass eine platonische Resolution, und ginge sie auch von sämtlichen Staaten Europas aus, nicht notwendigerweise die Entfernung Ferdinands zur Folge haben muss, da sich dafür sein Anhang im Volke als zu stark erweisen möchte. Und was dann, wenn der Fürst nicht frei-willig geht? Der Frage zu geschweigen, was er für einen Nachfolger erhalten soll, und ob sich jemand findet, der ihn ersetzen soll und zugleich Russland, den Signatarmächten von Berlin und den Bulgaren genehm ist. Besondere Aussichten auf eine glatte Erledigung der Sache bieten also Russlands Anträge wohl nicht. Immerhin wird es jedoch als ungemein erfreulich betrachtet, dass wenigstens wieder die Diplomaten zu tun haben, und dass es nicht bei den militärischen Rüstungen bleibt. Eine schwache Hoffnung, aber doch eine Hoffnung.

Es herrscht im übrigen große Stille in der allgemeinen europäischen Politik, und mehr als alle politischen Vorgänge muss lei-

der wieder die Krankheit Friedrich Wilhelms die öffentliche Teilnahme erregen. Nicht als ob die Mitteilungen aus San Remo eine entschiedene Wendung zum Schlimmen ankündigten. Der Fortschritt in der Heilung vollzieht sich indessen nach der Operation so langsam, dass man sich von neuem Befürchtungen hingibt, denen die Ärzte nicht jede Grundlage zu entziehen vermögen.

Der Deutsche Reichstag hat mittlerweile nach längerer Erörterung die Verlängerung des Sozialistengesetzes in seiner bisherigen Form auf zwei Jahre endgültig angenommen. Die Verschärfungen, welche die Regierung vorgeschlagen, wurden insgesamt abgelehnt, und sollten nicht unerwartete Ereignisse eintreten, so darf man sich der Erwartung hingeben, dass nach zwei Jahren auch die Sozialisten wieder unter das gemeine bürgerliche Gesetz gestellt werden. Im Österreichischen Abgeordnetenhaus war es in den letzten Sitzungen das vom Unterrichtsminister vorgelegte Gesetz über akademische Vereine und Versammlungen, das im Mittelpunkt des Interesses stand. Unter ungewöhnlicher Beteiligung des Publikums und namentlich der Studentenschaft, welche die Galerien bis aufs letzte Plätzchen füllten, wurde die erste Lesung vorgenommen, die damit endete, dass die Vorlage einem Ausschusse zur Vorberatung überwiesen wurde. Dr. von Gautsch vertrat den Standpunkt der Unterrichtsverwaltung, indem er als das Ziel des Gesetzes den «Rückschritt zur Ordnung» bezeichnete, da sich die akademische Jugend allzu arge Ausschreitungen zuschulden kommen lasse. Am meisten Aufsehen sowohl im Parlamente als in der Bevölkerung erregte die Rede des Abgeordneten Pernerstorfer, der zunächst einen Vergleich zog zwischen der Sittlichkeit unter den bürgerlichen jungen Leuten und derjenigen der Jugend der «sehr hohen» adeligen Kreise und dann das Vorgehen des Unterrichtsministers bei seinen Berufungen usw. scharf kritisierte. Pernerstorfer wurde mehrmals vom Präsidenten unterbrochen. Auch Dr. Kopp sprach in sehr wirksamer Weise gegen das Gesetz und gab zum Schlusse dem Wunsche Ausdruck, dass dasselbe im Schulausschusse auf Nimmerwiedersehen eingesargt wer-

de. Kurz vorher hatte das Herrenhaus dem Handelsübereinkommen mit Deutschland seine Zustimmung erteilt, bei welcher Gelegenheit A. von Schmerling in warm empfundenen Worten des Bündnisses gedachte, welches Österreich mit Deutschland vereinigt.

In Wien fand am 18. Februar eine große Versammlung von Bürgern statt, die in entschiedener Weise gegen den Schulantrag des Prinzen Liechtenstein Stellung nahm, und tags darauf folgte ein bedeutender Teil der Wiener Arbeiterschaft den Vertretern des Bürgertums. Beide Male wurden scharfe Resolutionen gegen den klerikalen Angriff auf die Schule einstimmig angenommen.

#### **Die Woche, 22.-29. Februar 1888**

Es sind schwere und traurige Nachrichten aus San Remo, welche uns die letzten Tage gebracht haben, um so trauriger vielleicht gerade deshalb, weil sie in halbem Dunkel lassen, was man ahnt und fürchtet. Die amtlichen Kundgebungen beschränken sich meistens auf äußere oder allgemeine Dinge, während private Meldungen, die auf den Kreis der den Kronprinzen behandelnden Ärzte zurückgeführt werden, leider die Hoffnung schwer erschüttern, welche man nach den günstigen Nachrichten aus den ersten Tagen dieses Monats und selbst nach der glücklichst vollzogenen Operation der Tracheotomie hegen zu dürfen sich berechtigt glaubte. Infolgedessen ist die Stimmung in der Bevölkerung des Deutschen Reichs eine außerordentlich gedrückte, und auch weit über die Grenzen desselben hinaus zeigt sich eine wehmutsvolle Teilnahme für den edlen Prinzen, welcher der Stolz seines Vaterlandes, seiner Nation ist. Es verlautet, dass Kaiser Wilhelm neuerdings den entschiedenen Wunsch geäußert habe, dass sein Sohn nach Berlin zurückkehre, doch fehlt eine sichere Bestätigung dieser schon an und für sich verhängnisvollen Meldung.

Die tiefe Erschütterung, welche das Leiden Friedrich Wilhelms in den Herzen aller Deutschen hervorgerufen, hat auch die

Teilnahme für den Verlauf der großen Politik stark herabgedrückt. Nur pessimistischer ist man geworden, und das tiefe Misstrauen gegen Russland findet seinen Ausdruck in einem Sinken des Rubelkurses, der nahezu einer finanziellen Katastrophe für das Zarenreich gleichkommt. Für 100 Goldrubel zahlte man am 27. Februar an der Berliner Börse 198,7 Papierrubel, und noch ein weiterer Sturz wird vorhergesagt. Vergebens sind alle Beruhigungsrufe, welche von amtlicher und halbamtlicher Seite von Petersburg her versucht werden. Russland rüstet, und - so sagt die Börse - da es keine Anleihe zustande gebracht hat und doch Geld, viel Geld braucht und ausgibt, so arbeitet - die Rubelpresse. Da kommen wir am Ende zur hundertjährigen Feier der Französischen Revolution in ein neues Zeitalter der Assignaten! Und wie Russland finanziell einer schweren Krise entgegentreibt, so hat auch politisch die abgelaufene Woche eine Niederlage oder zum mindesten eine Enttäuschung gebracht. Es hat, um aus der Sackgasse, in welche es sich mit Bezug auf Bulgarien verrannt hat, herauszukommen, bei den Mächten angefragt, dass alle «kollektiv» den Sultan auffordern sollten, dem Fürsten Ferdinand zu erklären, dass er sich unrechtmäßig in Bulgarien befinde, und dass seine Thronbesteigung eine vertragswidrige sei. Deutschland und Frankreich haben den diesbezüglichen Schritt des Herrn von Nelidow bei der Pforte unterstützt, England, Italien und Österreich-Ungarn dagegen nichts von sich hören lassen, worauf die Pforte sich ebenfalls zunächst in diplomatisches Schweigen zurückzog. So bewegt sich die bulgarische Frage weiter in dem Kreise, in welchem sie nun seit eineinhalb Jahren herumtreibt. Um zu einer einfachen Anerkennung des faktischen Besitzstandes zu gelangen, leidet Europa noch zu sehr an verhaltener Vertragsschwäche. Inzwischen wurde der Geburtstag des jungen Fürsten Ferdinand am 26. unter enthusiastischen Kundgebungen von den Bulgaren gefeiert. Sie wollen ihn behalten, und sie tun recht daran!

Im Preußischen Abgeordnetenhaus demonstrierte Herr Dr. Windthorst mit einem kirchlichen Schulaufsichtsantrage eine wenig für seinen österreichischen Gesinnungsgenossen, den

Prinzen Liechtenstein. An eine Wirkung glaubt der Antragsteller selbst kaum, und es wird ihm auch schwerlich gelingen, es dem Liechtenstein an Effekt gleichzutun. Die größeren Dummheiten erregen stets die größere Wirkung. Und ein Spottvogel meinte, es sei eigentlich dem Fürsten Alois nur darum zu tun gewesen, das politische Leben in Österreich einmal etwas aufzumischen. Nun, das ist geschehen, aber der Kopf dürfte dem jungen Aristokraten brummen. Die liberale Partei ist ihm zu besonderem Danke verpflichtet und legt denselben in zahllosen Petitionen gegen den neuen Schulantrag, die im Reichsrate von allen Seiten einlaufen, auf den Tisch des Hauses nieder.

Der Papst empfing am 27. Februar eine große deutsche Deputation, welche ihm eine Glückwunsch- und Huldigungsadresse überreichte, und nahm die Gelegenheit wahr, die alten Forderungen des Heiligen Stuhls aufs neue entschieden zu betonen.

#### **Die Woche, 1.-7. März 1888**

Russland hat Gelegenheit gehabt, seinen ersten diplomatischen Sieg in der bulgarischen Frage zu feiern, und der deutsche Reichskanzler war in der Lage, das in seiner großen Reichstagsrede gewissermaßen dem Zaren gegebene Versprechen, er werde die russischen Wünsche bei der Hohen Pforte unterstützen, einzulösen. Die Türkei kam der ihr von Herrn von Nelidow ausgesprochenen Forderung, welche die Botschafter Deutschlands und Frankreichs gleichzeitig zur Annahme empfehlen, nach, und der Großwesir hat den bulgarischen Ministerpräsidenten, Herrn Stambulow, telegraphisch daran erinnert, dass er bereits am 21. August des vorigen Jahres den Fürsten Ferdinand auf indirektem Wege davon in Kenntnis gesetzt habe, dass die Pforte die Anwesenheit des Prinzen in Bulgarien als vertragswidrig und demnach als ungesetzlich betrachte. Da Herr Stambulow darüber jedoch nicht im Ungewissen war und andererseits diese akademische Anschauung der Türkei die wirklichen Verhältnisse in Bulgarien nicht zu ändern geeignet ist, so dürfte um so

mehr alles beim alten bleiben, da weder Österreich-Ungarn, noch England, noch Italien sich bewogen gefunden haben, den Schritt des Herrn Nelidow und seiner beiden Genossen Radowitz und Montebello mitzumachen. Es ist möglich, dass zunächst eine kürzere Ruhepause eintritt, doch darf es nicht als außerhalb des Bereiches der Möglichkeit bezeichnet werden, dass Russland mit neuen konkreten Vorschlägen hervortritt, die dann leicht die Kriegsgefahr in unmittelbare Nähe rücken könnten. Graf Herbert Bismarck, welcher sich für einige Zeit nach England begeben hatte, soll nach den Auslassungen einiger Blätter den geheimen Auftrag gehabt haben, das Kabinett von St. James für die russischen Wünsche in der bulgarischen Frage günstig zu stimmen, doch es ist kaum verbürgt, dass der Reichskanzler, der sich in grimmer Selbstverspottung als den vierten russischen Bevollmächtigten auf dem Berliner Kongresse bezeichnet hat, nun auch seinen Sohn, den deutschen Staatssekretär, mit den Geschäften eines zweiten russischen Botschafters in London betraut habe. Hat es schon einigermaßen einen befremdenden Eindruck gemacht, dass das Deutsche Reich in seiner äußerlich zutage tretenden Orientpolitik sich von den Grundsätzen fernhält, welche die Leitung der äußeren Politik des engverbündeten Österreich-Ungarn zu bilden scheinen, so wächst das Erstaunen, dass am Goldenen Horn stets der französische Botschafter mit denen der beiden nordischen Reiche zusammengeht. Frankreich wenigstens scheint sich an dem Wettkämpfen um die Gunst des Zaren recht lebhaft zu beteiligen, und einer der monarchistischen Abgeordneten der französischen Deputiertenkammer, der orleanistische Marquis von Breteuil, hat zu Beginn des Monats diesem Streben in einer großen Rede, in welcher er den Zaren als den Schiedsrichter Europas pries, lauten Ausdruck gegeben. Die Kundgebung, welche mit ihren politischen Phantasmagorien wenig Bedeutung verdient hätte, ist nur deswegen bemerkenswert, weil die auf die Zerstörung der Machtstellung des Deutschen Reiches hinzielenden, von dem royalistischen Marquis entwickelten Ideen lebhaften Beifall auch bei den Republikanern fanden.

Nach langen, fast lediglich mit traurigsten Nachrichten ausgefüllten Tagen scheint nunmehr bei dem endlichen Eintritt des Frühjahres, das den lieblichen Fluren San Remos jenes sonnige Wetter gebracht, von dessen Heilkraft man sich so viel verspricht, eine Periode steigender Hoffnung für das deutsche Volk zu kommen, dass es nun doch gelingen werde, das teure Leben des Kronprinzen wenigstens noch für geraume Zeit zu erhalten. Freilich wäre es durchaus unangebracht, wollte man sich schon jetzt einem leichten Sanguinismus hingeben. Prinz Wilhelm, welcher seinen Vater in den letzten Tagen besucht hat, um ihm angeblich den Wunsch des Kaisers, Friedrich Wilhelm möge nach Berlin zurückkehren, mitzuteilen, hat die Heimreise wieder angetreten. Der Kronprinz verbleibt nach Anordnung der Ärzte bis auf weiteres in Italien. Kaiser Wilhelm ist von der Aufregung über die lange, schwere Krankheit seines geliebten Sohnes so angegriffen, dass er selbst aufs Krankenlager geworfen wurde. Wenn auch höchste Bedenklichkeit nach den veröffentlichten Mitteilungen noch nicht vorhanden ist, so erheischt doch das hohe Alter des Kaisers die sorgfältigste Schonung und die Enthaltung von allen Geschäften. So ist denn auch die Möglichkeit eingetreten, dass Prinz Wilhelm gelegentlich die Stellvertretung für Großvater und Vater ausüben muss, zu welcher er durch eine Kabinettsorder vom Schlusse des Vorjahres berufen wurde. Wohl aus diesem Grunde ist für den Prinzen eine Art Vortragskanzlei gebildet worden, in welcher der berühmte Staatsrechtslehrer und Abgeordnete Dr. Gneist und der Geheime Rat von Brandenstein die Zivilangelegenheiten und Generalmajor von Wittich die Militärfragen zu behandeln haben werden. Professor Gneist wurde zu dieser überaus wichtigen Funktion auf Vorschlag des Reichskanzlers berufen.

In Serbien haben die Neuwahlen für die aufgelöste Skuptschina stattgefunden und mit einem großen Siege der Radikalen, bzw. des jetzigen Ministeriums Gruitsch geendet.

Der rumänische Ministerpräsident Bratianu hat für sich und sein Kabinett die Entlassung eingereicht, welche angenommen

wurde. Der König betraute den Senatspräsidenten Fürsten Ghika mit der Bildung eines neuen Kabinetts. Welche politischen Folgen dieser Ministerwechsel haben wird, lässt sich derzeit nicht absehen.

#### **Die Woche, 7.-14. März 1888**

Die ganze Welt steht unter dem Eindrucke des Heimgangs Kaiser Wilhelms. Fast scheint es, als feiere die gesamte außerdeutsche Politik, bis der glorreiche Fürst zur Grabstätte geleitet. Selbst im Orient, in der bulgarischen Frage rührt sich nichts, von Sofia aus hat man klüglicherweise keine Antwort auf das Telegramm des Großwesirs erteilt und wartet, fest entschlossen den jetzigen Standpunkt aufrechtzuerhalten, ein weiteres Vorgehen Russlands bzw. der Türkei ab. Fürst Ferdinand fühlt sich anscheinend vollkommen sicher auf seinem Throne und darf auf die Hingebung seines Volkes rechnen. Die rumänische Ministerkrise hat, nachdem das Projekt Ghika gescheitert, durch die Wiederberufung Bratianus ihre einfachste und beste Lösung gefunden. Im italienischen Parlamente beantwortete Crispi eine von radikaler Seite ausgehende Interpellation wegen der Haltung des Königreiches in der bulgarischen Frage dahin, dass Italien, wenn es nicht seine eigene Geschichte verleugnen wolle, niemals zu lassen könne, dass ein nach Freiheit und Selbständigkeit strebendes Volk wie die Bulgaren von fremder Willkür unterdrückt werde. In Frankreich ist der jüngste Boulanger-Rummel - einzelne Bezirke wollten den radikalen «Retter der Demokratie» zum Deputierten wählen - wie alle bisherigen Demonstrationen, die Boulanger zum Mittelpunkt hatten, in nichts verpufft. In Russland schreitet die Entwertung der öffentlichen Werte und die Kriegsrüstung fort; bereits spricht man halblaut von dem bevorstehenden Ausbruche des Staatsbankrotts. Das Österreichische Abgeordnetenhaus verhandelte das Katechetengesetz, doch ist das allgemeine Interesse in ganz Österreich wie in den übrigen Staaten nur auf die Ereignisse in Berlin gerichtet. Diese aber in den Rahmen einer kurzen Wo-

chenübersicht zusammendrängen, ist einfach unmöglich und könnte der Gewalt und Weihe derselben nur Abbruch tun. Wir müssen demnach darauf verzichten. Nur das eine mag besonders erwähnt werden, dass der schwere Trauerfall, der Deutschland betroffen, erneute Veranlassung gegeben, die Solidarität zwischen den verbündeten mitteleuropäischen Kaiserreichen zu betonen. Dies hat besonders Ausdruck gefunden in einem kurzen Depeschenaustausch zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Grafen Kalnoky. Was vermögen wir sonst zu sagen? Kaiser Wilhelm ist gestorben! Sein großer Sohn sein Nachfolger unter dem Namen Friedrich III.! Er hat eine Proklamation an sein Volk und zugleich ein Schreiben an den Reichskanzler erlassen, welches die Grundsätze enthält, die der neue Kaiser und König für seine Regierungspolitik aufstellt. Diese beiden gewaltigen Dokumente, welche ein ewig dauerndes Denkmal der Geschichte bilden, dürfen in keiner Zeitschrift fehlen, welche dem deutschen Volke dienen will. Und darum bringen wir dieselben im Wortlaut, wenn sie auch zweifellos unseren Lesern schon bekannt sind. Solche Worte soll man wahren und hegen und immer wieder lesen in jedem deutschen Hause. Sie lauten:

An Mein Volk!

Aus seinem glorreichen Leben schied der Kaiser. In dem vielgeliebten Vater, den Ich beweine, und um den mit Mir Mein königliches Haus in tiefstem Schmerze trauert, verlor Preußens treues Volk seinen ruhmgekrönten König, die deutsche Nation den Gründer ihrer Einigung, das wiedererstandene Reich den ersten deutschen Kaiser! Unzertrennlich wird sein hehrer Name verbunden bleiben mit aller Größe des deutschen Vaterlandes, in dessen Neubegründung die andauernde Arbeit von Preußens

Volk und Fürsten ihren schönsten Lohn gefunden hat. Indem König Wilhelm mit nie ermüdender landesväterlicher Fürsorge das preußische Heer auf die Höhe seines ernstesten Berufes erhob, legte er den sicheren Grund zu den unter seiner Führung errungenen Siegen der deutschen Waffen, aus denen die nationale Einigung hervorging; er sicherte dadurch dem Reiche eine Machtstellung, wie sie bis dahin jedes deutsche Herz ersehnt, aber kaum zu erhoffen gewagt hatte.

Und was er in heißem, opfervollem Kampfe seinem Volke errungen, das war ihm beschieden, durch lange Friedensarbeit mühevoller Regierungsjahre zu befestigen und segensreich zu fördern. Sicher in seiner eigenen Kraft ruhend, steht Deutschland geachtet im Rate der Völker und begehrt nur, des Gewonnenen in friedlicher Entwicklung froh zu werden. Dass dem so ist, verdanken wir Kaiser Wilhelm, seiner nie wankenden Pflichttreue, seiner unablässigen, nur dem Wohle des Vaterlandes gewidmeten Tätigkeit, gestützt auf die von dem preußischen Volke unwandelbar bewiesene und von allen deutschen Stämmen geteilte opferfreudige Hingebung. Auf Mich sind nunmehr alle Rechte und Pflichten übergegangen, die mit der Krone Meines Hauses verbunden sind, und welche Ich in der Zeit, die nach Gottes Willen Meiner Regierung beschieden sein mag, getreulich wahrzunehmen entschlossen bin.

Durchdrungen von der Größe Meiner Aufgabe, wird es Mein ganzes Bestreben sein, das Werk in dem Sinne fortzuführen, in dem es begründet wurde, Deutschland zu einem Horte des Friedens zu machen und in Übereinstimmung mit den verbündeten Regierungen, sowie mit den verfassungsmäßigen Organen des Reiches wie Preußens die Wohlfahrt des deutschen Landes zu pflegen.

Meinem getreuen Volke, das durch eine jahrhundertelange Geschichte in guten wie schweren Tagen zu Mei-

nem Hause gestanden, bringe Ich Mein rückhaltloses Vertrauen entgegen, denn Ich bin überzeugt, dass auf dem Grunde der untrennbaren Verbindung von Fürst und Volk, welche, unabhängig von jeglicher Veränderung im Staatenleben, das unvergängliche Erbe des Hohenzollernstammes bildet, Meine Krone allezeit ebenso sicher nicht, wie das Gedeihen des Landes, zu dessen Regierung Ich nunmehr berufen bin, und dem Ich gelobe, ein gerechter und in Freud wie Leid ein treuer König zu sein.

Gott wolle Mir seinen Segen und Kraft zu diesem Werke geben, dem fortan Mein Leben geweiht ist.

Berlin, den 12. März 1888, Friedrich III.

Mein lieber Fürst!

Bei dem Antritt Meiner Regierung ist es Mir ein Bedürfnis, Mich an Sie, den langjährigen, vielbewährten ersten Diener Meines in Gott ruhenden Herrn Vaters, zu wenden. Sie sind der treue und mutvolle Ratgeber gewesen, der den Zielen seiner Politik die Form gegeben und deren erfolgreiche Durchführung gesichert hat. Ihnen bin ich und bleibt Mein Haus zu warmem Dank verpflichtet. Sie haben daher ein Recht, vor allem zu wissen, welches die Gesichtspunkte sind, die für die Haltung Meiner Regierung maßgebend sein sollen.

Die Verfassungs- und Rechtsordnungen des Reiches und Preußens müssen vor allem in der Ehrfurcht und in den Sitten der Nation sich befestigen. Es sind daher die Erschütterungen möglichst zu vermeiden, welche häufiger Wechsel der Staatseinrichtungen und Gesetze veranlasst. Die Förderung der Aufgaben der Reichsregierung muss die besten Grundlagen unberührt lassen, auf denen bisher der preußische Staat sicher geruht hat. Im Reiche sind die verfassungsmäßigen Rechte aller verbündeten

Regierungen ebenso gewissenhaft zu achten, wie die des Reichstages; aber von beiden ist eine gleiche Achtung der Rechte des Kaisers zu erheischen. Dabei ist im Auge zu behalten, dass diese gegenseitigen Rechte nur zur Hebung der öffentlichen Wohlfahrt dienen sollen, welche das oberste Gesetz bleibt, und dass neu hervortretenden, unzweifelhaften nationalen Bedürfnissen stets in vollem Maße Genüge geleistet werden muss. Die notwendige und sicherste Bürgschaft für ungestörte Förderung dieser Aufgaben sehe Ich in der ungeschwächten Erhaltung der Wehrkraft des Landes, Meines erprobten Heeres und der aufblühenden Marine, der durch Gewinnung überseeischer Besitzungen ernste Pflichten erwachsen sind. Beide müssen jederzeit auf der Höhe der Ausbildung und der Vollendung der Organisation erhalten werden, welche deren Ruhm begründet hat, und welche deren fernere Leistungsfähigkeit sichert.

Ich bin entschlossen, im Reiche und in Preußen die Regierung in gewissenhafter Beobachtung der Bestimmungen von Reichs- und Landesverfassung zu führen. Dieselben sind von Meinen Vorfahren auf den Throne in weiser Erkenntnis der unabweisbaren Bedürfnisse und zu lösenden schwierigen Aufgaben des gesellschaftlichen und staatlichen Lebens gegründet worden und müssen allseitig geachtet werden, um ihre Kraft und segensreiche Wirksamkeit betätigen zu können.

Ich will, dass der seit Jahrhunderten in Meinem Hause heilig gehaltene Grundsatz religiöser Duldung auch ferner allen Meinen Untertanen, welcher Religionsgemeinschaft und welchem Bekenntnisse sie auch angehören, zum Schutze gereiche. Ein jeglicher unter ihnen steht Meinem Herzen gleich nahe. Haben doch Alle gleichmäßig in den Tagen der Gefahr ihre volle Hingebung bewährt.

Einig mit den Anschauungen Meines kaiserlichen Herrn Vaters, werde Ich warm alle Bestrebungen unterstützen, welche geeignet sind, das wirtschaftliche Gedeihen der verschiedenen Gesellschaftsklassen zu heben, widerstrebende Interessen derselben zu versöhnen und unvermeidliche Misstände nach Kräften zu mildern, ohne doch die Erwartung hervorzurufen, als ob es möglich sei, durch Eingreifen des Staates allen Übeln der Gesellschaft ein Ende zu machen.

Mit den sozialen Fragen enge verbunden erachte Ich die der Erziehung der heranwachsenden Jugend zugewandte Pflege. Muss einerseits eine höhere Bildung immer weiteren Kreisen zugänglich gemacht werden, so ist doch zu vermeiden, dass durch Halbbildung ernste Gefahren geschaffen, dass Lebensansprüche geweckt werden, denen die wirtschaftlichen Kräfte der Nation nicht genügen können, oder durch einseitige Erstrebung vermehrten Wissens die erziehliche Aufgabe unberücksichtigt bleibe. Nur ein auf der gesunden Grundlage von Gottesfurcht in einfacher Sitte aufwachsendes Geschlecht wird hinreichend Widerstandskraft besitzen, die Gefahren zu überwinden, welche in einer Zeit rascher wirtschaftlicher Bewegung durch die Beispiele hochgesteigerter Lebensführung einzelner für die Gesamtheit erwachsen.

Es ist Mein Wille, dass keine Gelegenheit versäumt werde, in dem öffentlichen Dienste dahin einzuwirken, dass der Versuchung zu unverhältnismäßigem Aufwande entgegengetreten werde. Jedem Vorschlage finanzieller Reformen ist Meine vorurteilsfreie Erwägung im voraus gesichert, wenn nicht die in Preußen altbewährte Sparsamkeit die Auflegung neuer Lasten umgehen und eine Erleichterung bisheriger Anforderungen herbeiführen lässt.

Die größeren und kleineren Verbänden im Staate verliehene Selbstverwaltung halte Ich für ersprießlich; dage-

gen stelle Ich es zur Prüfung, ob nicht das diesen Verbänden gewährte Recht von Steuerauflagen, welches von ihnen ohne Rücksicht auf die gleichzeitig von Reich und Staat ausgehende Belastung geübt wird, den einzelnen unverhältnismäßig beschweren kann. In gleicher Weise wird zu erwägen sein, ob nicht in der Gliederung der Behörden eine vereinfachende Änderung zulässig erscheint, in welcher die Verminderung der Zahl der Angestellten eine Erhöhung ihrer Bezüge ermöglichen würde.

Gelingt es, die Grundlagen des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens kräftig zu erhalten, so wird es Mir zu besonderer Genugtuung gereichen, die Blüte, welche deutsche Kunst und Wissenschaft in so reichem Maße zeigt, zu voller Entfaltung zu bringen. Zur Verwirklichung dieser Meiner Absichten rechne Ich auf Ihre so oft bewiesene Hingebung und auf die Unterstützung Ihrer bewährten Erfahrung.

Möge es Mir beschieden sein, dergestalt unter einmütigem Zusammenwirken der Reichsorgane, der hingebenden Tätigkeit der Volksvertretung wie aller Behörden und durch vertrauensvolle Mitarbeit sämtlicher Klassen der Bevölkerung Deutschland und Preußen zu neuen Ehren in friedlicher Entwicklung zu führen.

Unbekümmert um den Glanz ruhmbringender Großtaten, werde Ich zufrieden sein, wenn dereinst von Meiner Regierung gesagt werden kann, sie sei Meinem Volke wohlthätig, Meinem Lande nützlich und dem Reiche ein Segen gewesen.

Berlin, den 12. März 1888

Ihr wohlgeneigter

Friedrich III.

**Die Woche, 14. - 21. März 1888**

Das Leichenbegängnis Kaiser Wilhelms ist vorüber; unter ungeheurem Zudrang der Bevölkerung und einer bisheran wohl nie dagewesenen Teilnahme fremder Fürstlichkeiten ist der greise Held, der Deutschland neugeeint und zu ungeahnter Größe erhob, im Mausoleum zu Charlottenburg neben seinen königlichen Eltern bestattet worden. Kaiser Friedrich, dessen schweres Leiden ihm noch immer nicht das Verlassen des Schlosses erlaubt, zumal die Temperatur in Berlin einen sehr niedrigen Stand behalten in den letzten Tagen, sah den Leichenzug vom Fenster seines Zimmers an sich vorüberziehen. Einige Tage darauf erließ er eine Botschaft an den Reichstag und das Preussische Abgeordnetenhaus, in welchem er die Übernahme der kaiserlichen und königlichen Gewalt anzeigte und das schriftliche Gelöbnis ablegte, die Verfassung von Reich und Preußen treu zu halten. Zu gleicher Zeit erfolgte auch die Proklamation an Elsaß-Lothringen, welches wir als ein neues historisches Dokument von höchster Wichtigkeit hier folgen lassen.

Wir Friedrich, von Gottes Gnaden deutscher Kaiser, König von Preußen, tun kund und fügen hiermit zu wissen:

Nachdem unseres geliebten Herrn Vaters Majestät, weiland Kaiser Wilhelm, nach Gottes Ratschluss aus dieser Zeitlichkeit geschieden, ist die deutsche Kaiserwürde und damit in Gemäßheit der Reichsgesetze die Regierung der Reichslande auf uns übergegangen. Wir haben dieselben im Namen des Reiches übernommen. Entschlossen, die Rechte des Reiches über diese deutschen, nach langer Zwischenzeit wiederum mit dem Vaterlande vereinigten Gebiete zu wahren, sind wir uns der Aufgabe bewusst, in denselben deutschen Sinn und deutsche Sitte zu pflegen, Recht und Gerechtigkeit zu schirmen und die Wohlfahrt und das Gedeihen der Bewohner zu fördern. Bei unserem Bestreben, dieser Aufgabe gerecht zu wer-

den, zählen wir auf das Vertrauen und die Ergebenheit der Bevölkerung, sowie auf die treue Pflichterfüllung aller Behörden und Beamten. Wir fordern und erwarten die gewissenhafte Beobachtung der Gesetze, dagegen werden auch wir jedermanns Rechten unseren kaiserlichen Schutz gewähren. Durch unparteiische Rechtspflege und eine gesetzmäßige, wohlwollende und umsichtige, aber mit fester Hand geführte Verwaltung wird die unverjährbare Verbindung Elsaß-Lothringers mit dem Deutschen Reiche wieder eine so innige werden, wie sie in den Zeiten unserer Vorfahren gewesen ist, bevor diese deutschen Lande aus der uralten und ruhmvollen Verbindung mit ihren Stammesgenossen und Landsleuten losgerissen wurden.

Wir befehlen, diesen Erlass durch das Gesetzblatt zu verkünden.

Gegeben Charlottenburg, den 15. März 1888.

gez.: Friedrich    Gegengez.: Fürst v. Hohenlohe

Abgeordnetenhaus und Reichstag beantworteten die Botschaft Friedrichs III. in einer die Empfindung des Volkes treu widerspiegelnden Ergebenheitsadresse; alsdann wurde der Reichstag geschlossen. Der Kaiser ernannte seinen früheren hochverdienten Generalstabschef, General Graf Blumenthal, zum Feldmarschall.

In Österreich vollzog sich inzwischen ein überaus wichtiger Wechsel im Kriegsministerium, von welchem nach langer, ausgezeichnete Tätigkeit Graf Bylandt-Rheidt zurücktrat, während der bisherige Landeskommmandierende von Wien, Feldzeugmeister Freiherr v. Bauer, einer der hervorragendsten österreichischen Offiziere, zum Reichs-Kriegsminister ernannt wurde. Der Kaiser systemisierte außerdem durch ein besonderes Befehlsschreiben die Stelle eines General-Inspektors der Infanterie und ernannte seinen Sohn, den Kronprinzen Rudolf, zu demsel-

ben, so ihm einen großen und für die Zukunft der österreichischen Militärmacht maßgebenden selbständigen Posten übertragend. Das Abgeordnetenhaus verhandelte inzwischen über die vom Strafgerichte verlangte Auslieferung des Abgeordneten Ritter von Schönerer, wozu nahezu mit Einstimmigkeit die Bewilligung erteilt wurde. In Wien haben sich neue Gemeinderatswahlen vollzogen, die im allgemeinen mit einer Niederlage des deutsch-liberalen Wahlkomitees endeten.

In Frankreich gab es nun doch wieder einen größeren Boulanger-Rummel. Der eitle und ehrgeizige General hat gegen den Befehl des Kriegsministers mehrmals seine Garnison verlassen und sich nach Paris begeben. Infolge dieses Vergehens gegen die Disziplin wurde er auf Antrag des Kriegsministers vom Präsidenten der Republik zur Disposition gestellt; es scheint jedoch, dass das Drängen seiner Freunde, die ihn durchaus in eine politische aktive Rolle drängen wollen, seine Absetzung bzw. Pensionierung nach sich ziehen wird. Nach Thibaudin jetzt Boulanger, das ist der Lauf der Republik. Lebhaftere, namentlich von Paul de Cassagnac hervorgerufene, Boulanger betreffende Debatten in der französischen Kammer entbehren der politischen Bedeutung und erregen lediglich das Interesse von Pikanterien.

Im Orient ist eine Veränderung der Lage nicht eingetreten, doch erwartet man in Kürze neue russische Schritte in der bulgarischen Frage. Fürst Ferdinand richtet sich inzwischen etwas bequemer in Sofia ein.

#### **Die Woche, 22.-28. März 1888**

Die Stellvertretung, welche Kaiser Friedrich seinem Sohne, dem Kronprinzen Wilhelm, übertragen, ist keineswegs eine vollständige und dient, wie ausdrücklich hervorgehoben, nur zur Einführung des Thronerben in die Regierungsgeschäfte, während der Kaiser sich alle wichtigen Entscheidungen vorbehält. Tatsächlich wohnt Kaiser Friedrich, obgleich über seinen Gesundheitszustand noch immer widerspruchsvolle Nachrichten im

Laufe sind, dem Ministerrat bei, empfängt häufig den Reichskanzler und arbeitet unausgesetzt mit dem Zivil- und Militärkabinett. In der deutschen Politik ist eine Änderung nicht eingetreten, und wenn russische Blätter sich in dem Wahn wiegen, dass das Deutsche Reich unter dem jetzigen Kaiser sich mehr von Österreich-Ungarn entfernen und wieder an Russland anlehnen werde, so beweisen sie damit nur, dass ihnen die tatsächliche Wesenheit und Bedeutung des deutsch-österreichischen Bundes eigentlich gar nicht zu rechtem Bewusstsein gekommen ist. Inzwischen sind die Spezialgesandten des neuen deutschen Kaisers, welche den verschiedenen Staatsoberhäuptern dessen Thronbesteigung angezeigt haben, an ihren Bestimmungsorten eingetroffen und haben sich teilweise schon ihres Auftrages entledigt.

Das Österreichische Abgeordnetenhaus benutzte die letzten Sitzungen vor den Osterferien zu einer großen Debatte anlässlich des Berichtes der Staatsschulden-Kommission, der erst eineinhalb Jahre nach seiner Fertigstellung dem Hause vorgelegt wurde. Diese Kommission, in welcher es seinerzeit zu einem scharfen Zwiespalt zwischen den Mitgliedern der Rechten und Linken gekommen, hat es mit ihrer Würde vereinbar gefunden, einen doppelten, sich direkt widersprechenden Beschluss zu fassen. Der ursprünglich votierte Tadel gegen die Regierung wurde später wieder unterdrückt. Die ungarischen Minister Tisza und Fejervary trafen in Wien ein und haben während eines kurzen Aufenthaltes an einigen Beratungen des gemeinsamen Ministerrats unter dem Vorsitze des Kaisers teilgenommen, in denen die etwaigen Vorlagen für die Delegationen in Beratung gezogen sein sollen. Näheres und Bestimmteres verlautet jedoch nicht. Die Reichshauptstadt Wien wandte auch in der abgelaufenen Woche ihre Aufmerksamkeit vorzugsweise den Ergänzungswahlen für den Gemeinderat zu; im zweiten Wahlkörper siegten bei sehr lebhafter Wahlbewegung in mehreren Bezirken die antisemitischen Kandidaten, während im ersten Wahlkörper überall die Kandidaten des liberalen Wahlkomitees durchdrangen.

In Frankreich gehörte die Woche wieder dem General Boulanger. Seine Anhänger haben ihn bei verschiedenen Neuwahlen für die Kammer aufgestellt, und tatsächlich sind viele Tausende von Stimmen auf ihn entfallen. Aus einer Stichwahl in Laon dürfte er als Sieger hervorgehen, und die militärische Untersuchungs-Kommission, welche über seine zahlreichen Verstöße gegen die Disziplin abzuurteilen hatte, ermöglichte es ihm, mit großer Beschleunigung seinen etwaigen Sitz einzunehmen, indem sie ihn seiner Stellung enthob und strafweise pensionierte. In Marseille wurde der alte Kommunist Felix Pyat gewählt.

Die orientalische Frage, als deren äußere Erscheinung heute noch immer die bulgarische im Vordergrunde steht, hat irgendeinen Schritt nach vorwärts nicht gemacht. Stambulow hat nunmehr endgültig von der Beantwortung der Note des Großwesirs Abstand genommen, und Bulgarien ist nach wie vor vollkommen ruhig. Freilich bleibt die Regierung sorgsam auf ihrer Hut, da das vollständige Schweigen Russlands in unterrichteten Kreisen so gedeutet wird, als wolle es im geheimen einen plötzlichen Schlag vorbereiten. Die Herzogin Clementine, die Mutter des Fürsten Ferdinand, hat Bulgarien nach mehrmonatlichem Aufenthalte verlassen und sich über München und Paris nach Cannes begeben. Von dort will sie, wie es heißt, nach einigen Wochen zu ihrem Sohne nach Sofia zurückkehren.

Sehr unliebsame Dinge haben sich inzwischen in Bukarest ereignet. Die ultrakonservative Opposition gegen Bratianu, unter der Führung des Abgeordneten Gatargin, drang in das königliche Palais mit einem Volkshaufen ein und verlangte stürmisch eine Audienz beim König, welcher eben erst mit seiner Gemahlin von den Leichenfeierlichkeiten in Berlin und einem zweitägigen Besuche in Wien in seine Hauptstadt zurückgekehrt war. Die Polizei musste in Anspruch genommen werden, um die Lärmmacher aus dem Schlosse zu entfernen. Am nächsten Tage drangen die Oppositionellen gegen die Kammer vor; es kam zu Blutvergießen, und die Regierung sah sich genötigt, Militär zu Hilfe zu rufen, welches die Tumultuanten verdrängte. Es lässt

sich der Ausgang dieser wiederholten Unruhen noch nicht absehen. Die besseren Elemente Rumäniens mit der Hauptstadt scheinen jedoch treu zu Bratianu zu halten.

#### **Die Woche, 29. März - 4. April 1888**

Die Staatsmänner an der Seine und ihre östlichen Stiefbrüder an der Dimbowitza haben uns politische Ostern gebracht. Hüben wie drüben stürmische Szenen in der Volksvertretung, Sturz der Regierung und die Neubildung von Ministerien. Das Ministerium Tirard, das erste, das der neue Präsident Carnot berufen, ist nach etwa drei- bis viermonatlicher Tätigkeit, welche keineswegs eine bedeutungslose genannt werden kann - fällt doch in dieselbe die militärische Maßregelung des disziplinenlosen Generals Boulanger -, gestürzt worden, weil es, man darf sagen, ohne eigentlichen Grund sich darauf versteift hatte, die Frage einer etwaigen Verfassungsrevision nicht zur Diskussion zuzulassen. Die französische Verfassung, welche seinerzeit nur mit der wenigsten Mehrheit von einer Stimme zustande gekommen, ist tatsächlich in mehr als einer Beziehung revisionsbedürftig; eine solche mit staatsmännischer Mäßigung vorgenommen, bedroht auch keineswegs die Ruhe und Ordnung, welcher Ansicht sich die sogenannten Opportunisten unter Ferry und die ehrlichen Republikaner unter Brisson hingegen zu haben scheinen. Die Rechte und die Radikalen verbanden sich gegen Tirard, welcher, froh der Bürde ledig zu sein, sofort seine Entlassung bei dem Präsidenten einreichte. Carnot berief den einzigen Mann der Lage, Floquet, den Präsidenten der Kammer, welcher zugleich als der Führer der gemäßigten Radikalen gilt, für die er ungefähr das ist, was Gambetta seinerzeit den Opportunisten war. Mit bemerkenswerter Raschheit hat Floquet ein rein radikales Kabinett gebildet; in demselben hat Herr von Freycinet das Portefeuille des Krieges inne, der gewandte Goblet, selbst einmal schon Ministerpräsident, das Auswärtige. Die Besetzung des Kriegsministeriums durch einen Zivilisten ist ein kühn radikales Wagestück Floquets, der selbst das Innere übernimmt; die

Zukunft muss lehren, ob es gelingt; man hat guten Grund, daran zu zweifeln. Floquet hat dann in der Kammer sein Programm, das man ein gemäßigt radikales nennen darf, unter dem Schweigen der Rechten und Opportunisten und unter stellenweise überlautem Beifall der Linken entwickelt. Es wird an der Zeit sein, dasselbe einer genaueren Erwägung zu unterziehen, falls dem Ministerpräsidenten Zeit bleibt, dasselbe praktisch durchzuführen. Die Tatsache, dass bei der ersten Neuwahl des Kammerpräsidenten die meisten Stimmen sich auf Clemenceau vereinigten, scheint anzudeuten, dass nach einem Ministerium Floquet nach einigen Wandlungen immer noch ein Kabinett Clemenceau möglich sei; man ist nur einigermaßen darüber im Zweifel, ob man schon jetzt das grand ministère radical vor sich hat, oder ob uns dies erst der in einigen Beziehungen mit Wien stehende Doktor von Montmartre bringen wird.

In Bukarest ging es nicht minder stürmisch zu wie in Paris. Bratianu, anfangs in der Gunst der übergroßen Mehrheit des Volkes wie des Königs, und somit der bleibenden Ministerpräsidentschaft anscheinend vollkommen sicher, hat nun doch endgültig sich zurückgezogen und einem Ministerium der Jungkonservativen, die sich auch Junimisten nennen, Platz gemacht. Der König übertrug zwar die Kabinettsbildung und das Präsidium an Rosetti, jedoch gilt allgemein der frühere rumänische Gesandte in Wien, Carp, der das Ministerium des Äußern erhielt, als die Seele des Kabinetts. Wenngleich allgemein versichert wird, dass Rumänien unter König Carol sich niemals in seiner äußeren Politik von der der mitteleuropäischen Kaisermächte entfernen werde, so haben doch die letzten Unruhen in Bukarest, bei denen der böse russische Einfluss ziemlich durchsichtig ist, soviel Überraschendes gebracht, dass es gefährlich ist, irgendeine feste Ansicht über die wahrscheinliche Entwicklung der Dinge in Rumänien auszusprechen. Sollte, wie von mancher Seite befürchtet wird, durch russischen Einfluss eine revolutionäre Bewegung gegen das Königtum der Hohenzollern ausbrechen, so wurde man diese wohl als den ersten und ernstesten Vorboten eines großen Krieges anzusehen haben.

Unsere wirtschaftlichen und finanziellen Kreise lassen sich in-  
zwischen von diesen politischen Sorgen nicht bedrücken, sie  
bauen auf die Friedensära unter Kaiser Friedrich III. Die letzten  
Nachrichten über das Befinden des teuren Kranken lauten sehr  
widerspruchsvoll; während sein zweimaliger Besuch in Berlin  
meistens optimistisch gedeutet wird, kommen von gemeiniglich  
gut unterrichteter Seite leider wieder sehr ernste Meldungen.  
Zum Osterangebinde für das preußische Volk hat der König ei-  
ne Amnestie erlassen, welche zwar eine erhebliche Ausdehnung  
hat, jedoch die vielfach gehoffte Anwendung auf alle infolge des  
Sozialistengesetzes Bestraften nicht enthält. Am 1. April feierte  
der deutsche Staatskanzler Fürst Bismarck seinen Geburtstag;  
bei dem Diner, welches er gab, brachte Kronprinz Wilhelm ihm  
seinen Trinkspruch als dem Bannerträger des Reiches. Rudolf  
von Bennigsen, der Führer der Nationalliberalen, erhielt durch  
die Verleihung des Roten Adlerordens erster Klasse eine hohe  
Auszeichnung, die wie den verdienten Empfänger so die von  
ihm geführte Partei besonders ehrt und als eine bemerkenswer-  
te Kundgebung des Kaisers angesehen werden muss.

Die eingeleiteten Verhandlungen über einen Ausgleich zwi-  
schen Russland und der Kurie dauern fort. - In Dänemark hat  
sich das Parlament vertagt; in Serbien hat die neue radikale  
Skuptschina ihre Tätigkeit begonnen.

#### **Die Woche, 5.- 11. April 1888**

Die Bismarck-Krise, welche in unserem Leitartikel ihre Würdi-  
gung findet, scheint nach den letzten aus Berlin eingetroffenen  
Depeschen in günstiger Weise beigelegt zu sein. Durch diesen  
glücklichen Ausgang der Krise würde Deutschland und seine  
Freunde aufatmen.

Die Kaiserin Viktoria hat sich in die überschwemmten Gebiete  
von Posen begeben. Diese Reise wird als Akt hoher Staatsklug-  
heit und großer natürlicher Güte angesehen. Fürst Bismarck  
wird an einem der allernächsten Tage Berlin verlassen und sich

nach Varzin begeben. Man vermutet, dass der Fürst längere Zeit in Varzin zu bleiben gedenke.

Das Österreichische Abgeordnetenhaus ist am 10. d. M. wieder zusammengetreten. Es findet ein reichhaltiges Arbeitsprogramm vor, fast zu groß für die Zeit, welche seiner Tätigkeit zugemessen ist. Donnerstag dürfte die Generaldebatte über das Budget beginnen. Da die Delegationen unmittelbar nach Pfingsten zusammentreten sollen, so muss die Session des Abgeordnetenhauses spätestens am Freitag vor den Pfingstfeiertagen, das ist am 18. Mai, geschlossen werden. Es stehen also im ganzen nur 30 Sitzungstage zur Verfügung. Und in diesem kurzen Zeitraume müssen insbesondere das Spiritussteuergesetz, der Lloydvertrag, die erste Lesung der Schulanträge, die Vorlagen über den Advokatarif, das Markenschutzgesetz, die Lagerhäuser usw. zur Erledigung gelangen. Es liegt der Gedanke nahe, dass sich die Notwendigkeit einer Nachsession oder die Vertagung einer oder der anderen Angelegenheit als notwendig herausstellen wird. Die Polen, die noch immer in Opposition gegen die Spiritusfrage sind, sollen in letzter Zeit mit der Linken über diesen Gegenstand verhandelt haben, allein ohne Resultat. Die Linke soll sich entschlossen haben, aus politischen Gründen gegen das Spiritussteuergesetz zu stimmen. In der Dienstagsitzung des Abgeordnetenhauses wurde demselben zunächst der Dank des Deutschen Reichstages für die aus Anlass des Todes Kaiser Wilhelms kundgegebene Teilnahme vom Ministerpräsidenten Grafen Taaffe mitgeteilt, und es ist nicht unbemerkt geblieben, dass dieser Dank mit besonderer Wärme speziell der mit der Österreichisch-Ungarischen Monarchie bestehenden freundschaftlichen Beziehungen gedenkt. Der Wortlaut der betreffenden Note ist folgender:

«Der unterzeichnete kaiserlich deutsche Botschafter hat die Ehre, im Auftrage seiner a. h. Regierung Se. Excellenz dem k. k. österreichischen Minister des kaiserlichen Hauses und des Äußern, Herrn Grafen Kalnoky de Köröspatak ganz ergebenst zu bitten, den Herren Präsi-

denten des österreichischen Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses, sowie des Ungarischen Ober- und Unterhauses zu eröffnen, dass der Deutsche Reichstag in der Sitzung vom 19. März d. J. den einstimmigen Beschluss gefasst hat, auszusprechen, dass die Zeichen der besonderen Verehrung für unseren aus dieser Zeitlichkeit abberufenen erhabenen Monarchen und der warmen Teilnahme an der Trauer des ganzen deutschen Volkes, welche diese Vertretungskörper in so beredter Weise zum Ausdruck gebracht haben, in ganz Deutschland die tiefste Rührung und wärmste Dankbarkeit hervorgerufen haben. Diese Haltung der österreichischen Parlamente bildet eine erhebende Kundgebung der freundschaftlichen Beziehungen, welche zwischen beiden Völkern bestehen.»

In Frankreich geht es auf der schiefen Ebene des Radikalismus rasch abwärts. Die boulangische Hochflut macht rapide Fortschritte; Boulanger ist auf allen Linien Sieger. Im Departement Dordogne, in welchem er die Kandidatur abgelehnt hat, wurde er mit 59 500 von 100 000 abgegebenen Stimmen als Deputierter gewählt. Der Opportunist Clerjonie blieb mit 35 700 Stimmen in der Minorität. Die Opportunisten sind untröstlich über ihre neue Niederlage. Das Ministerium Floquet hängt nunmehr in der Luft. Aus dem jetzigen Ministerium wird sich die radikale Republik entwickeln, was eine große Gefahr für den Bestand der Republik überhaupt bedeutet.

In der bulgarischen Angelegenheit ist so ziemlich alles beim alten geblieben. Russland ist noch immer unerschöpflich in seinen Friedensbeteuerungen. Es wolle sich verpflichten, keinen Zwang gegen Bulgarien anzuwenden, weder Offiziere zur Ausbildung der bulgarischen Armee zu entsenden, noch einen General zum Kriegsminister zu ernennen oder einen Kommissär zu schicken. Russland würde die Entwicklung der Ereignisse ruhig abwarten. Inzwischen werden aber die russischen Wühlereien in Bulgarien eifrigst fortgesetzt. Die Pforte sicherte dem bulgari-

schen Delegierten den Abschluss eines Zollvertrages bis 1. Mai zu. Die Verhandlung über die Affäre Popow-Bonew und Genossen beginnt unter dem Präsidium des Obersten Nikolajew am Mittwoch. Die Regierung erklärt, dem Militärgerichte vollständig freien Lauf zu lassen und sich von dieser Affäre fernhalten zu wollen, um keinen Anlass zu Verdächtigungen und politischen Umtrieben zu bieten. Der famose türkische Militärkordon wurde von der ostrumelischen Grenze zurückgezogen.

Dass es in Rumänien noch immer nicht zur Ruhe gekommen ist, daran ist auch das heilige Russland schuld. Die russische Aktionspartei hat eine Bauernbewegung in Rumänien angezettelt. Die Bauern verschiedener Ortschaften revoltieren, bedrohen oder misshandeln die Gutsherren und Pächter und verlangen die Aufhebung der agrikolen Verträge, wie die Zuweisung von Ackerland. Der Minister des Äußern Carp hat in der Kammer sein Programm entwickelt. Der König habe die Minister gewählt, weil sie neutral seien und zwischen den Parteien ständen. Sie werden auch stets unparteiisch bleiben. Die auswärtige Politik betreffend, sagte der Minister, es sei Legende, zu behaupten, dass die Minister deutsche Politik treiben. Was die innere Politik anbelangt, so erklärte der Minister, dass es unmöglich sei, während der augenblicklichen Aufregungen zu den Urnen zu schreiten. Man müsse abwarten, bis sich die Gemüter beruhigen, und dann werde die Regierung die Kammern auflösen. - Man glaubt, dass das Parlament in der ersten Hälfte des September aufgelöst werden wird.

#### **Die Woche, 11.-18. April 1888**

Im Österreichischen Abgeordnetenhaus wurde am 16. d. die Generaldebatte über das Budget eröffnet. Der Ausgang derselben kann wohl für niemanden mehr zweifelhaft sein. Das Budget wird bewilligt werden trotz der durch die Jungtschechen und den Abgeordneten Gregorez verstärkten Opposition der

Linken. Übrigens hat die Budgetdebatte angesichts der Spiritus- und Wehrvorlage viel an Interesse eingebüßt. Die bisherigen Redner der Opposition scheinen auch unter diesem Eindruck zu stehen. Man vermisst in ihren Reden die wuchtigen Schwertstreiche, welche sonst von oppositioneller Seite gerade bei der Budgetberatung gegen die Regierung geführt zu werden pflegen, und es scheint, als ob die Opposition ihre ganze Kraft sich für die Debatte über die Spiritusvorlage aufsparen wollte. Die Polen haben in derselben den oppositionellen Standpunkt, mit dem sie noch bis in die letzte Zeit paradierten, ungeachtet des Petitionsturmes aus ihrem Lande aufgegeben. Diese Nachgiebigkeit ist übrigens nicht ein Verdienst der Regierung, sondern dem Einflusse des höchsten konstitutionellen Faktors zuzuschreiben. Man kann nunmehr darauf gefasst sein, dass die Polen aus ihrer Entsagung, eine oppositionelle Rolle zu spielen, mit der sie es allerdings niemals gar zu ernst genommen haben, Kapital schlagen werden. Auch der ungarische Landesverteidigungsminister hat im Reichstage eine mit der österreichischen identische Wehrvorlage eingebracht. Nur weist der Motivenbericht der ungarischen Wehrvorlage im wohlthuenden Gegensatze zu der Dürftigkeit des österreichischen eine lobenswerte Ausführlichkeit auf. Die beunruhigenden Verhältnisse an unserer nordöstlichen Grenze rechtfertigen die in das soziale Leben der Monarchie tief einschneidende Maßregel. Der österreichische Justizminister hat am 16. d. einen Gesetzentwurf eingebracht, durch welchen die Wirksamkeit des noch bis 10. August d. J. geltenden Anarchistengesetzes bis 31. August 1891 verlängert werden soll.

Deutschland ist von seiner beängstigenden Kanzlerkrise wohl auf eine lange Zeit hinaus befreit, aber der unerquickliche Eindruck, den dieselbe durch die gewissenlose Ausbeutung seitens gewisser Kreise hinterlassen hat, wird so bald nicht verwischt werden. Dagegen versetzt die plötzlich eingetretene Verschlimmerung in dem Befinden des Kaisers Friedrich das deutsche Volk in Besorgnis und Trauer. Das Leiden ist kein örtliches mehr, es hat auch andere edle Körperteile ergriffen. Alle Mit-

glieder des kaiserlichen Hauses sind fast den ganzen Tag im Charlottenburger Schlosse versammelt.

Zum dritten Male hat Boulanger gesiegt. Am 16. d. wurde er mit ungeheurer Mehrheit zum Abgeordneten des Nord-Departements gewählt. Seinen Sieg hat er auch diesmal den Bonapartisten zu danken. Der «wackere» General hat ein Manifest an die Wähler des Nord-Departements erlassen, in welchem er die Beseitigung der Kammer, des Präsidenten und des Ministeriums sowie die Einberufung einer Constituante fordert. Quousque tandem, Catilina! Ein Gutes hat die Bonlanger-Torheit aber dennoch zutage gefördert: die republikanischen Parteien haben sich angesichts der Gefahr, welche der Republik droht, enger zusammengeschlossen. Nur durch ein solches Festhalten kann die Gefahr beseitigt werden.

Die Lage im Orient hat keine Veränderung erfahren. Die Revolten, die in einigen Orten Rumäniens ausbrachen, werden wohl durch die Energie der Regierung bald ganz niedergedrückt werden. - Von einer bevorstehenden Abreise des Fürsten Ferdinand von Bulgarien nach Bukarest ist in gut unterrichteten Kreisen nichts bekannt.

#### **Die Woche, 18.-25. April 1888**

Die erste Woche der österreichischen Budgetdebatte ist vorüber. Ihr Verlauf gestaltete sich bewegter und stürmischer, als der gelassene und vielleicht resignierte Ton der ersten Redner erwarten ließ. Schon die Rede des Abgeordneten Dr. Gregor rief wegen ihrer leidenschaftlichen, gegen die Politik der Regierung gerichteten Spitze anhaltende Bewegung hervor. Aber dem Dr. Lueger, diesem Demokraten von Fall zu Fall, blieb es vorbehalten, durch seine hässlichen Verdächtigungen der Linken einen Skandal zu provozieren, wie man ihn selbst in diesem Abgeord-

netenhouse selten erlebt hat. Unter dem Eindrucke einer höchst unwürdigen Szene schritt das Haus zur Abstimmung über den Dispositionsfonds. Die noch zweifelhaften Stimmen des Coronini-Clubs vereinigten sich nunmehr mit denen der Opposition und der Jungtschechen, einige Polen taten das gleiche, und der Dispositionsfonds wurde zu Fall gebracht. Darum bleibt jedoch Graf Taaffe ruhig weiter Minister.

Am 23. erfolgte die Begegnung zwischen dem Kaiser Franz Josef und der Königin Viktoria von England. Nicht nur die österreichischen, sondern auch die deutschen und englischen Blätter widmen derselben äußerst sympathische Betrachtungen. Ein Gleiches gilt von dem Besuche der Königin in Charlottenburg und Berlin.

Die Nachrichten über das Befinden des deutschen Kaisers Friedrich lauten wieder günstiger und erwecken die Hoffnung, dass er die jetzige Krise glücklich überstehen werde.

In Frankreich ist Boulanger noch immer der Held des Tages und der Gasse. Sein erstes Erscheinen in der Kammer, dem man mit Spannung und Besorgnis entgegensah, hat sich freilich nicht zu einem Siege des plebiszitären Generals gestaltet. Er kam gerade zurecht, als das Ministerium Floquet mit 379 gegen 177 Stimmen ein Vertrauensvotum erhielt, dessen Spitze gegen den zukünftigen Diktator gerichtet war. Es wurde der Regierung das Vertrauen ausgesprochen, dass sie es verstehen werde, den republikanischen Einrichtungen in entschiedener Weise Achtung zu verschaffen, sowie die vom Lande verlangte Politik des Fortschritts, der Reform und der Freiheit zur Geltung zu bringen. Indes dürfte dieser Sieg des Ministeriums nicht von langer Dauer sein und die Gefahr für die Republik noch nicht beseitigen, da die Opportunisten und der Senat wieder gegen Floquet Misstrauen hegen, weil er die Frage der Verfassungsrevision ins Rollen gebracht hat.

Es ist jetzt klar, auf welchen Einfluss die Bauernunruhen in Rumänien, die übrigens schon im vollen Abnehmen begriffen

sind, zurückzuführen sind. Der offiziöse «Telegraphul» veröffentlicht einen scharfen Angriff gegen den russischen Gesandten Hitrowo. Man erwartet in Bukarest die Abberufung Hitrowos.

Auch die Bauernunruhen in Bulgarien, die ebenfalls unter dem russischen Protektorate in Szene gesetzt wurden, wurden durch die Energie der Regierung im Keime erstickt. «Eine Besserung der politischen Lage ist wohl nicht zu verzeichnen», meinte Stambulow in einem politischen Gespräch, «aber es ist vielleicht besser, dass die Krise länger dauert, da der Fürst mit der Zeit um so leichter die gesetzliche Sanktion erlangen wird.»

#### **Die Woche, 26. April - 2. Mai 1888**

Es hat in der vergangenen Woche im Österreichischen Reichsrate nicht an Versuchen gefehlt, den Liechtensteinschen Schulantrag vor der Verhandlung des Unterrichtsbudgets auf die Tagesordnung zu bringen. Trotz allen Anstrengungen, die von der klerikalen Seite des Abgeordnetenhauses gemacht wurden, kam man schließlich doch überein, der Regierungsvorlage den Vortritt zu überlassen. Unterbrochen wurde die Budgetdebatte durch die Vorlage des Reservistengesetzes, welches gleich wie im Ungarischen auch im Österreichischen Abgeordnetenhaus mit großer Mehrheit zur Annahme gelangte. Am 30. April hat die Debatte über das Budget des Unterrichtsministeriums begonnen. Sowohl die Rechte wie die Linke ergingen sich in heftigen Angriffen gegen den Unterrichtsminister, und seine Erwiderung hat weder die Tschechen noch die Klerikalen zufriedengestellt. Herr von Gautsch erklärte, dass er von den absolvierten Studenten der tschechischen Universität die Kenntnis der deutschen Sprache unbedingt fordern müsse und niemals eine Herabdrückung des Bildungsniveaus zugeben werde. Wenn er nur Wort hält!

Die Besserung in dem Befinden des deutschen Kaisers hielt glücklicherweise an, nur die allerletzten Nachrichten lauten et-

was weniger günstig. Täglich erhält der erlauchte Monarch rührende Beweise von der innigen Liebe und Verehrung seines Volkes. Die Veröffentlichung des letzten Willens des Kaisers Wilhelm soll demnächst erfolgen. Das Aprilheft der «Preussischen Jahrbücher» bestätigt, dass Kaiser Friedrich III. sowohl den Aufruf «An mein Volk», als auch den Erlass an den Reichskanzler, zwei Schriftstücke, welche von den edlen Gesinnungen des Monarchen glänzendes Zeugnis geben, in San Remo selbst verfasst und dem Fürsten Bismarck in Leipzig übergeben hat. Am nächsten Tage überreichte der Reichskanzler dem Kaiser diese Schriftstücke ohne Erinnerung.

Die Ernennung des durch seinen leidenschaftlichen Hass gegen Deutschland bekannten russischen Generals Bogdanowitsch zum Sektionschef im Ministerium des Innern hat in den politischen Kreisen Deutschlands berechtigtes Aufsehen erregt. Bogdanowitsch ist auch ein eifriger Verfechter der russisch-französischen Allianz, welcher Umstand die Berufung des Generals auf einen so einflussreichen Posten in einem eigentümlichen Lichte erscheinen lässt.

Die Reise des Präsidenten der französischen Republik nach dem Südwesten Frankreichs hatte ziemlichen Erfolg. In Bordeaux selbst war der Empfang des Präsidenten ein sehr guter. Er hielt daselbst eine politisch bedeutsame Rede, in welcher er alle Republikaner zur Einigkeit auffordert. Und daran tut es angesichts der beulangistischen Umtriebe, die an Verwegenheit täglich zunehmen, wahrlich not.

Der Fürst von Bulgarien bereist gegenwärtig sein Land. Überall, wo er sich zeigt, werden ihm ebenso herzliche als enthusiastische Ovationen vom Volke bereitet. Beweis genug, dass es endlich an der Zeit wäre, die bisherige Haltung der Mächte zu ändern. Dass der junge Fürst sich auf seinem Throne behaupten wird, bezweifelt ohnedies kaum noch ein einsichtiger Politiker, am allerwenigsten aber dürfte man sich darüber in St. Petersburg einer Täuschung hingeben.

In Serbien hat sich ein Ministerwechsel vollzogen. Das radikale Ministerium Gruitschs hat seine Demission gegeben und ein zum größten Teile aus Beamten zusammengesetztes Ministerium, mit Kristics an der Spitze, die Geschäfte der Regierung übernommen.

#### **Die Woche, 3.- 10. Mai 1888**

Schwere Tage hatte das Ministerium Taaffe in der vorigen Woche durchzumachen. Die Regierungspartei tat so, als habe sie nicht übel Lust, dem Herrn von Gautsch das Unterrichtsbudget zu verweigern. Es hätte auch leicht dazu kommen können, wenn die Opposition sich ihrer Pflicht nicht entzogen hätte. Der größte Teil des Deutsch-Österreichischen Klubs aber ging in das regierungsfreundliche Lager über und rettete so das Ministerium Taaffe oder doch den Herrn Minister für Kultus und Unterricht. Ob das Kabinett sich aber recht seines Sieges erfreuen wird, ist sehr fraglich. Der Liechtensteinsche Schulantrag und das Spiritusgesetz werden allem Anscheine nach der Regierung noch manche Unannehmlichkeiten bereiten, und es wird sich zeigen, ob das Kabinett denselben auch in Zukunft gewachsen sein wird. Über die sonstigen Vorkommnisse im österreichischen Parlamente bleibt nur wenig Erfreuliches zu sagen. Die Skandalsucht steigert sich von Tag zu Tag. Ein Mißbilligungsausschuß folgt dem andern. Das ist die Tätigkeit des Österreichischen Abgeordnetenhauses, dem das Volk dafür wenig Dank wissen wird.

Die große Verstimmung, welche die Ernennung des Generals Bogdanowitsch im Deutschen Reiche hervorgerufen hat, dauert fort. Während man in Deutschland jeden Anlass meidet, durch den die Empfindlichkeit des Zaren irgendwie verletzt werden könnte, hat man in Russland wenig Verständnis für ein gleiches Entgegenkommen. Dass durch diese zum mindesten unzeitgemäße Ernennung des Generals Bogdanowitsch die boulangistische Bewegung in Frankreich, welche in der letzten

Zeit einigermaßen im Abnehmen begriffen zu sein schien, wieder eine neue Anspornung erhalten hat, ist begreiflich. Die republikanischen Blätter eröffnen jetzt einen Feldzug gegen die Minister Lockroy und Freycinet, welche das Manifest der Deputierten und Senatoren der Seine gegen Boulanger nicht unterzeichnen wollten. Die Erklärung des Ministerrates, dass Lockroy und Freycinet das Manifest nicht zu unterschreiben hätten, weil das Ministerium in allen Handlungen solidarisch sei und die im Parlamente über den Boulangismus abgegebenen Erklärungen Floquets genügten, hat allem Anscheine nach wenig Eindruck gemacht. Die erste Lieferung des Buches «L'invasion allemande» aus der Feder Boulangers, in welchem er die Ereignisse und die Männer des Jahres 1870 «analysiert und studiert hat», soll in den nächsten Tagen erscheinen. 2 ½ Millionen Exemplare desselben wurden gratis verteilt werden.

Nun rüstet auch England. Der Kriegsminister Stanhope hat eine Vorlage zur Verbesserung der nationalen Verteidigung eingebracht, welche vom Unterhause in erster Lesung angenommen wurde. Überall in Europa beugt man sich dem ehernen Gebote: si vis pacem, para bellum.

Der italienische Ministerpräsident hat der «Irredenta» auf der apenninischen Halbinsel gründlich heimgeleuchtet. Er betonte in einer bedeutsamen Rede, dass Italien mit Deutschland und Österreich verbündet sei, aber einzig deswegen, weil dies am besten den Interessen Italiens entspreche. Crispi gab auch zu, dass neben dem Bunde Italiens mit Deutschland und Österreich auch ein solcher zwischen Italien und England bestehe.

Auf der Balkanhalbinsel ist alles ruhig. Fürst Ferdinand von Bulgarien ist in Tirnowa angelangt und mit begeistertem Jubel empfangen worden. Der Fürst hielt bei einem ihm zu Ehren veranstalteten Bankette eine Ansprache, in welcher er auf die moralische Stärke Bulgariens hinwies, die ihn hoffen lasse, dass es sich von allen schädlichen fremden Einflüssen bald unabhängig machen werde. «Diese Stärke flößt mir» - so schloss der

Fürst seine Ansprache - «ein starkes Vertrauen auf eine glänzende Zukunft Bulgariens ein.»

#### **Die Woche, 11.- 16. Mai 1888**

Das Befinden Kaiser Friedrichs bessert sich in erfreulichster Weise wieder von Tag zu Tag; Fürst Bismarck ist nach Varzin abgereist.

Seit einigen Tagen ist im Österreichischen Abgeordneten-hause die Budgetdebatte in ein ruhigeres Fahrwasser getreten. Die Krisengerüchte, die in der letzten Zeit wiederholt auftauchten, sind nun auch verstummt. Ernst hat sie ohnedies kaum genommen. Wie vorauszusehen war, haben sich die Polen dem Rate Grocholskis, des «klügsten Mannes», ganz gebeugt und in der Spiritusfrage einen mehr oder weniger geordneten Rückzug angetreten. Auch Prinz Liechtenstein hat dareinwilligen müssen, dass die erste Lesung seines Schulantrages auf die nächste Session verschoben werde. Dagegen erfährt man, dass der von der Opposition so sehr verhätschelte Minister für Kultus und Unterricht sich mit der Vorbereitung eines neuen Volksschulgesetzes beschäftigt. Wahrhaftig, die Volksschule darf sich nicht darüber beklagen, dass man sich ihrer zu wenig annehme. Die lex Liechtenstein, lex Lienbacher, lex Herold und lex Gautsch, sie alle bezwecken mit ihrer eigentümlichen Fürsorge, die arme Volksschule zu erdrücken. Zur Bewältigung des massenhaften, noch unerledigten Arbeitsmaterials werden schon in den nächsten Tagen Abendsitzungen stattfinden. Man spricht auch von der Notwendigkeit einer Fortdauer der Session bis in die Sommermonate. Am 13. Mai wurde das Denkmal der Kaiserin Maria Theresia auf dem herrlichen Platze zwischen den beiden Hofmuseen in Wien im Beisein des Kaiserpaares feierlich enthüllt; am folgenden Tage eröffnete Franz Josef persönlich die Jubiläums-Ausstellung, welche der Niederösterreichische Gewerbeverein im Prater bzw. in der Rotunde zur Feier des vierzigsten Regierungsjubiläums veranstaltet hat.

Endlich ist auch England aus der Reserve eines stillen Beobachters herausgetreten. Am 14. ds. begab sich eine Deputation, deren Mitglieder den angesehensten Persönlichkeiten des Landes angehören, zum Kriegsminister Stanhope, um ihn zu bitten, die nötigen Vorsichtsmaßregeln zur Verteidigung des Landes zu treffen, und zur Zeit zirkuliert ein Aufruf unter den Kaufleuten, Bankiers und sonstigen leitenden Kreisen der City, in welchem dieselben ersucht werden, sich an einer großen Versammlung zu beteiligen, deren Zweck es sein soll, Englands gegenwärtigen Verteidigungszustand zu Land und zur See zu ermitteln, da ein Krieg mit einer ausländischen Macht in naher Zukunft nicht unmöglich sei, und die bisherige Politik hinsichtlich der Defensivmaßregeln nicht länger fort dauern könne.

England versieht sich aber der Kriegsgefahr nicht so sehr von Seite Russlands als von Seite Frankreichs, das, wenn einmal Boulanger seine ehrgeizigen Pläne verwirklicht, eher das unvorbereitete Inselreich als das wohlgerüstete Deutsche Reich überfallen dürfte. Ja, Boulanger und kein Ende! Er feiert Triumphe überall, wo er sich zeigt. In Lillie hielt er bei einem Bankette eine Rede, in welcher er auf die Ohnmacht und Unfähigkeit der aus 500 souveränen Nichtstuern zusammengesetzten Kammer hinwies. Er nannte die Abgeordneten Urheber der Kolonialkriege, Schwindler, schimpfte auf die Verfassung, beschuldigte die Volksvertreter, dass sie das Volk prellten, und schmeichelte in plumper Weise den Wählern. In Douai beklagte er sich darüber, dass die Verfassung kein Mittel angebe, den Präsidenten zu beiseitigen. Das ist doch deutlich genug gesprochen.

Fürst Ferdinand von Bulgarien ist am 16. ds. von seiner Reise, die eine fortgesetzte Kette von herzlichen und begeisterten Ovationen für ihn bildete, wieder nach Sofia zurückgekehrt.

König Milan von Serbien traf am 14. ds. in Wien ein, woselbst seine Gemahlin mit dem Kronprinzen schon seit einigen Tagen weilte.

**Die Woche, 17. - 23. Mai 1888**

In der Hauptstadt Mährens hat in den Pfingstfeiertagen die Hauptversammlung des Deutschen Schulvereins stattgefunden. Trotz der seit Wochen fortgesetzten Bemühungen tschechischer Agitatoren, namentlich der Sokolisten, die Versammlung zu stören, verlief dieselbe in glänzender und erhebender Weise, und nicht der geringste Misston hat dieses schöne Fest, welches geeignet ist, die Einigkeit und Widerstandsfähigkeit der Deutschen zu erhöhen, gestört. Die Hauptversammlung fand im städtischen Redoutensaale statt und war von mehr als 800 Delegierten aus allen österreichischen Ländern und mehreren hundert Gästen, von denen auch einige aus Deutschland kamen, besucht. Aus dem Berichte über die Geschäfts- und Geldgebarung des Vereins entnehmen wir folgende interessante Daten: Das Ortsgruppennetz umfasst 1035 vollständig im Gange befindliche Ortsgruppen, darunter 93 Frauen- und Mädchen-Ortsgruppen (fünf mehr gegen das Vorjahr), und sind mehr als 6000 Mitglieder an der Gruppenverwaltung tätig, darunter mindestens 600 Frauen. Die Zahl sämtlicher Vereinsmitglieder kann wieder mit etwa 120 000 angenommen werden, wovon beiläufig 30000 auf Frauen und Mädchen entfallen. Die reinen Einnahmen im Gewinn- und Verlustkonto weisen eine Gesamtsumme von Gulden 291 814.38 aus. Die Gesamteinnahmen des Vereins beliefen sich seit seiner Gründung (Juni 1880) bis 1. Mai 1888 auf fl. 1 761 537.91 gegen fl. 1 462 218.35 am gleichen Tage des Vorjahres. Die für Schulzwecke verausgabte und gewidmete Gesamtsumme betrug fl. 296684.51. Abends fand eine Festvorstellung im Theater und nach dem Theater die Begrüßung in der Turnhalle statt. Es wurden kernige deutsche Reden unter dem stürmischen Beifalle der Teilnehmer gehalten. Nur die Rede des ersten Vizebürgermeisters von Wien, Dt. Prir, brachte eine polemisierende Geschmacklosigkeit, zumal im Hinblick auf jüngst verflossene Gerichtsverhandlungen. «Dass unser Kaiser Franz Josef heiße», ist doch im Munde eines Österreichers etwas Selbst-verständliches. Die servile Liebedienerei und Aufdringlichkeit, die eher geeignet ist, an höchster Stelle zu verletzen denn zu gefallen, beginnt

platt zu werden. Auch für Reibereien zwischen Herrn Dr. Prix und Herrn Dr. Lueger, über dessen Deutschtum man nachgerade die Akten geschlossen hat, sind die Hauptversammlungen des Schulvereins nicht der Ort, welche durch einen Rückblick auf die Vergangenheit zu neuer werktätiger Arbeit für die Zukunft anspornen sollen. Höchst verdienstlich war der Antrag des Herrn von Dumreicher betreffs der Gründung eines Schulbau-fonds. Dumreicher hat im Laufe dieses Jahres bereits mehrfach Gelegenheit gehabt, unter den deutschen Abgeordneten in bemerkenswerter Weise hervorzutreten, alle seine Ausführungen sind von hohem sittlichen Ernst getragen, sein Blick dabei immer auf das Wahre und Schaffende gerichtet, sein Wort eine Erquickung in der Dürre der Phrase, seine Reden ein Quell politischer Bildung und Erziehung für die deutsche Jugend Österreichs. Es kann sich mancher an dem Abgeordneten der Klagenfurter Handelskammer ein Beispiel nehmen.

In der nächsten Zeit stehen Veränderungen in der Dislokation der Truppenkörper bevor. Es werden die galizischen Regimenter, die bisher ihre Standquartiere noch außerhalb Galiziens hatten, nach Maßgabe der Verhältnisse in ihre Ergänzungsbezirke verlegt werden. Diese Maßregel erscheint, wie das diesbezügliche offiziöse Communiqué bemerkt, dadurch dringend geboten, weil durch die mannigfachen militärischen Objekte und Fortifikationen, die in den letzten Jahren in ganz Galizien errichtet worden sind, der militärische Dienst an Ausdehnung und Anstrengung beträchtlich gewachsen ist und Ansprüche stellt, für welche die in diesem Landesteile bisher nicht vermehrte Truppenanzahl ferner nicht als ausreichend betrachtet werden kann. Es wäre überhaupt eine Anomalie -fährt das Communiqué fort -, wenn gerade in jenem Grenzlande, welches seiner geographischen Lage und Beschaffenheit nach am exponiertesten ist, die für die schnelle Entwicklung der Wehrkraft so vorteilhafte Verlegung der heimatlichen Regimenter in ihre Ergänzungsbezirke nicht durchgeführt würde.

Kaiser Friedrich III. befindet sich andauernd besser. Nachdem die Gehversuche so gut geglückt sind, hat der Kaiser auch schon Spazierfahrten im offenen und geschlossenen Wagen unternommen, bei denen ihm immer vom Publikum begeisterte Huldigungen dargebracht wurden. Das Communiqué, welches die «Norddeutsche Allgemeine Zeitung» anlässlich der Grenz vexationen, denen deutsche Untertanen in der letzten Zeit ausgesetzt sind, veröffentlicht hat, wird seine Wirkung in Frankreich nicht verfehlen. Deutschland hat sich schon oft über französische Übergriffe solcher Art hinweggesetzt, aber die Provokationen häuften sich allzu sehr, um nicht die französischen Heißsporne energisch in die gebührenden Schranken zu verweisen, wie es jetzt geschehen ist. Die angedrohten Repressalien werden also wohl die Gemüter in Frankreich bald zur Vernunft bringen.

Ob der Boulangismus im Zu- oder Abnehmen begriffen ist, lässt sich heute nicht mit Sicherheit feststellen. Wohl behaupten die anständigen französischen Journale, dass die Herrlichkeit des braven Generals den Zenit überschritten habe. Das mag bei den oberen Zehntausend der Fall sein, von den breiten Volksmassen weiß man dies aber noch keineswegs sicher.

Prinz Ferdinand von Bulgarien richtete an den Ministerpräsidenten Stambalow ein Reskript, in welchem er ihn bittet, der Bevölkerung für den ihm bereiteten Empfang den Dank auszudrücken. Er sei von seiner Reise entzückt und werde sich demnächst nach Kazanlik begeben, um einige Tage im Rosentale zuzubringen.

#### **Die Woche, 23.-30. Mai 1888**

Das Befinden des Kaisers Friedrich ist fortdauernd ein sehr günstiges. Am 24. fand die Vermählung des Prinzen Heinrich mit der Prinzessin Irene von Hessen, der Enkelin der Königin Viktoria von England, in Charlottenburg statt. Am 27. ist Fürst Bismarck aus Varzin wieder nach Berlin zurückgekehrt. Am 26.

hielt das Preußische Abgeordnetenhaus seine letzte Sitzung, in welcher das Volksschullastengesetz gemäß den Beschlüssen des Herrenhauses angenommen wurde. Richter hielt gelegentlich der Verhandlung über die Wahlprüfung eine scharfe Rede gegen das Verhalten der konservativen und nationalliberalen Presse in der Kanzlerkrise und der Kaiserin gegenüber, so dass sich die Konservativen und Nationalliberalen gezwungen sahen, in energischster Weise Protest gegen diese Anschuldigungen einzulegen. Die «Norddeutsche Allgemeine Zeitung» und andere dem Fürsten Bismarck nahestehende Organe bringen in Erwiderung auf einen Aufsatz der «Moskauer Zeitung» heftige Artikel gegen das feindselige Verhalten Russlands in politischen und wirtschaftlichen Dingen Deutschland gegenüber; zugleich wird die Notwendigkeit von Gegenmaßnahmen betont. Man sprach sogar von Zollrepressalien gegen das Zarenreich. Doch soll es vorläufig nur bei der Drohung bleiben.

Im Österreichischen Abgeordnetenhaus wurde die Budgetdebatte am 25. geschlossen, nachdem Abgeordneter Derschatta den Justizminister wegen der geheimen Grundbuchordnung für das Grazer Oberlandesgericht in heftiger Rede angegriffen und Abgeordneter Pernerstorfer auf die schreienden Missstände in der galizischen Gerichtspraxis hingewiesen hat. Die Vorlage betreffend die Subvention des Österreich-Ungarischen Lloyd wurde angenommen. Gegenwärtig ist das Branntweinsteuergesetz Verhandlungsgegenstand. Am 26. Mai beantwortete Tisza die Interpellation Helfy betreffs die Beschickung der Pariser Weltausstellung von Seite der ungarischen Industriellen dahin, dass der Staat den Ausstellern keinerlei Unterstützung gewähren könne, und dass er überhaupt von jeder Teilnahme abrate. In Paris hat diese Rede begreiflicherweise großes Aufsehen hervorgerufen, und man sucht nach politischen Beweggründen Tizas.

In Frankreich wurde von Clemenceau, Ranc und Jofirin eine Versammlung einberufen, die die Bildung einer «Gesellschaft der Menschenrechte» beschließt. Die Republik soll durch sie

«gegen Diktaturgelüste geschützt werden». Auch sonst scheinen sich die Stimmen gegen Boulanger zu mehren. Die deutsche Reichsregierung hat verfügt, dass alle von Frankreich nach dem Elsaß kommenden Ausländer mit einem von der deutschen Botschaft in Paris bescheinigten Pass versehen sein müssen. Diese Maßregel wird mit dem Treiben der französischen Revanchepartei gerechtfertigt. Eine Reihe weiterer Bestimmungen sucht den Aufenthalt von Franzosen im Elsaß zu regeln.

Prinz Ferdinand von Bulgarien ist am 27. in Sofia eingetroffen; der Empfang war ein überaus glänzender. Prinzessin Clementine traf am 29. zum Namenstage des Fürsten (der auf den 30. fällt) ein. Es sind große Festlichkeiten für diesen Tag in Aussicht genommen.

In England wurde eine britisch-ostafrikanische Gesellschaft, welche die weitere Erforschung und Zivilisierung Afrikas bezweckt, gegründet und von der Regierung mit dem Rechte versehen, Zölle und Steuern zu erheben und eine bewaffnete Macht zu organisieren.

#### **Die Woche, 31. Mai - 6. Juni 1888**

##### *Die Krisis in Preußen*

Aus den Bedenken, die Kaiser Friedrich gegen die Unterzeichnung des Gesetzes über die Verlängerung der Legislaturperioden in Preußen hat, entwickelte sich eine Puttkamer Krise, die voraussichtlich auch eine solche bleiben und nicht, wie man von mancher Seite behauptet, zu einer Krisis des Gesamtministeriums führen wird. Die Publikation des Gesetzes hängt von der Stellung ab, die Herr v. Puttkamer dem an ihn gerichteten Schreiben des Kaisers gegenüber einnimmt, worin er aufgefordert wird, sich über die im Abgeordnetenhaus vorgebrachten Wahlbeeinflussungen zu äußern.

In diesem Schreiben scheint der Kaiser dadurch, dass er gegen die Wahlbeeinflussung Stellung nimmt, dem Gesetze ein Gegengewicht entgegensetzen zu wollen. Dieses Schreiben soll

gleichzeitig mit dem Legislaturperioden-Gesetz veröffentlicht werden. Welchen Ausgang die Krisis nehmen wird, ist augenblicklich nicht abzusehen, da man über die Stellung des Kanzlers der Frage gegenüber nur Vermutungen haben kann.

#### Der Boulanger-Rummel

Vorgestern (4. Juni) stellte Boulanger in der französischen Kammer seinen schon seit längerer Zeit angekündigten Antrag auf Verfassungsrevision und beehrte die Dringlichkeit desselben. Die Worte, mit denen er seinen Vorschlag unterstützte, erhoben sich nicht über die gewöhnlichsten demokratischen Phrasen. Die Republik soll nicht das Eigentum von Koterien, sondern das Gemeingut aller sein. Nicht die Kammermitglieder, die nur das Interesse gewisser Kreise vertreten, sondern er sei der rechte Interpret des Volkswillens. Er sei für die Abschaffung der Präsidentschaft. Die Minister sollen nur dem Staatschef verantwortlich sein. Die Kammer solle nur Gesetze geben, aber nicht regieren. Er würde ohne Bedauern den Senat verschwinden sehen, der nichts bedeute. Nach einer Rede Floquets, der die hochmütige Sprache des Generals, der wie Bonaparte von seinen Siegen heimkehrend sprach, zurückwies, wurde die Dringlichkeit des Antrages mit 335 gegen 170 Stimmen verworfen.

\*

Kaiser Friedrich reiste am 1. Juni nach Potsdam ab. Über sein Befinden ist auch diesmal Gutes zu sagen.

Im Österreichischen Abgeordnetenhaus begann am 29. Mai die Debatte über das Branntweinsteuergesetz. Dasselbe wurde am 5. Juni mit einer Majorität von 30 Stimmen angenommen, und damit ist ein Gesetz geschaffen, das den unteren Schichten der Bevölkerung eine drückende Last sein wird und das zugleich dem Lande Galizien (als Entschädigung der dortigen Propinationsberechtigten) ein Geschenk von jährlich einer Million bringen wird. Samstag, den 9. Juni, versammeln sich in Pest

die Delegationen. Das Abgeordnetenhaus beschloss am 5. seine Sitzungen.

Die Tisza-Affäre hat vorläufig damit einen Abschluss gefunden, dass Goblet der Kammer die Erklärungen Kalnokys und Tizas mitgeteilt hat, die beide versichern, dass von einer Verletzung Frankreichs nicht die Rede sein könne. Goblet hielt dabei eine beifällig aufgenommene Rede, die den friedlichen Charakter der französischen Politik darlegte, aber auch von der Entschlossenheit sprach, mit der die Franzosen ihre nationale Würde gegen jeden verteidigen werden.

Anlässlich des Namenstages des Prinzen Ferdinand von Bulgarien fand eine große Revue statt, und es brachte die Bevölkerung dem Fürsten und der Prinzessin Clementine Ovationen dar.

In diesen Tagen ist die sogenannte transkaspische Eisenbahn dem Verkehr übergeben worden, die die Möglichkeit bietet, die Strecke vom Schwarzen Meer bis Samarkand in vier Tagen zurückzulegen. Dass diese Bahn dem Handel Russlands neue Wege eröffnet, ist zweifellos, ob aber bei dem Baue jeder politische Hintergedanke ausgeschlossen war, ist fraglich.

#### **Die Woche, 6. - 13. Juni 1888**

Im Vordergrund der Ereignisse steht der am 8. erfolgte Rücktritt Puttkamers. Wir bringen eine Beleuchtung dieses Ereignisses an leitender Stelle. Die bis jetzt verbreiteten Mitteilungen über den eventuellen Nachfolger beruhen lediglich auf Kombinationen. Die Ernennung desselben verzögert sich wohl wegen des Befindens des Kaisers, in dem leider in den letzten Tagen eine bedauerliche Verschlimmerung eingetreten ist.

Am 9. ist die Delegations-Session in Pest eröffnet worden. Den Delegierten sind folgende Vorlagen unterbreitet worden: der gemeinsame Voranschlag für 1889, der außerordentliche Kredit für die Truppen in Bosnien, die Nachtragskredite des Ministeriums des Äußern und der Kriegsmarine, der Spezialkredit für mi-

litärische Vorsichtsmaßregeln, eine Vorlage betreffend die Er-streckung von Krediten für die Kriegs-marine, die Schlussrech-nung für 1886, der Gebarungsausweis für 1887 und das bosni-sche Budget. Das Nettoerfordernis, das sich aus diesen Vorlagen ergibt, ist 192 Millionen. Bringt man hiervon den Betrag von 17,6 Millionen in Abschlag, der der gemeinsamen Regierung für den Fall dringenden Bedarfes - sie bat bei eventueller Verwen-dung das Einverständnis der österreichischen und ungarischen Regierung einzuholen - zur Verfügung gestellt wird, so ver-bleibt noch immer die namhafte Summe von 175 Millionen. Davon entfallen ungefähr 962/3 Prozent auf die militärischen Auslagen und davon 29,7 Millionen auf den außerordentlichen Rüstungskredit (davon sind ,6 Millionen infolge Beschlusses des Kronrates zu Weihnachten schon in Verwendung gelangt). Das ordentliche Erfordernis des Heeres beträgt 115,9 Millionen, das außerordentliche 23,1 Millionen, der bosnische Okkupations-kredit 4,5 Millionen. Diese Ziffern werfen ein nur allzu helles Licht auf die politische Situation Europas, die in der Ansprache des Kaisers an die Delegationen mit folgenden Worten berührt erscheint: «Die Beziehungen der Monarchie zu den auswärtigen Mächten tragen einen durchaus freundschaftlichen Charakter; wenn aber trotzdem meine Regierung gezwungen ist, in ihrer pflichtgemäßen Sorge für die Sicherung unserer Grenzen und Förderung unserer Wehrkraft bedeutende Kredite in Anspruch zu nehmen, so liegt der Grund hiervon hauptsächlich in der fortwährenden Unsicherheit der politischen Lage Europas.» Mit Worten sprechen unsere Regierungen eben die Hoffnungen, mit Zahlen die Befürchtungen aus.

Das Kronprinzenpaar hat sich nach Bosnien begeben und ist heute in Serajewo eingetroffen.

Zwischen Italien und dem Sultan von Zansibar ist ein Konflikt ausgebrochen; der Sultan hat sich geweigert, den von seinem Vorgänger mit Italien abgeschlossenen Vertrag, der die Abtre-tung der Küste zwischen Kap Delgado und dem Äquator an Ita-lien verfügte, auszuführen.

Die Universität Bologna feierte am 12. ds. das Fest ihres acht-hundertjährigen Bestandes.

Ein überraschendes Ereignis ist der Sturz des ägyptischen Premierministers Nubar Pascha, der selbst für England, wo man gewohnt war, in ihm den Förderer englischer Interessen zu sehen, überraschend gekommen zu sein scheint. Als unmittelbare Ursache werden die Reformen angegeben, die Nubar bezüglich der Landsteuer und des Agrarwesens verlangte, bei denen Nubar von dem englischen Vertreter Baring, der seit langem sein Gegner war, keine Unterstützung erhalten konnte. Der tiefer liegende Grund dürfte aber die Gegnerschaft Frankreichs gegen Nubar sein, das letztere durch seine vor einigen Jahren beabsichtigte Unterdrückung des französischen Journals in Ägypten «Bosphore», sowie durch eine Äußerung, die er über Frankreich getan haben soll, das «seit 1870 eine Leiche ist, die man mit Füßen treten kann», gereizt hat. Frankreich scheint bei seinem Sturze mitgewirkt zu haben.

Am 12. haben in Belgien die Wahlen zur Erneuerung der Hälfte der Kammer- und Senatsmitglieder stattgefunden. Die Liberalen haben eine vollständige Niederlage erlitten. Sie haben nicht nur keinen einzigen Sitz erobert, sondern sogar zwei verloren. In Brüssel ist eine Stichwahl zwischen dem Kandidaten der gemäßigten Liberalen und der Independenten notwendig.

Fürst Ferdinand von Bulgarien steht vor der Entscheidung über den Prozess Popow. Er hat das kriegsgerichtliche Urteil nicht sofort bestätigt, sondern die Prozessakten dem Kriegsminister mit der Erklärung zurückgestellt, er müsse sich die Sache noch überlegen. Die Meldungen, dass sich das Ministerium in zwei Parteien gespalten habe, von dem die eine oder die andere, je nachdem die Entschließung des Fürsten ausfalle, demissionieren wolle, erklärt die «Agence Havas» für erfunden. Der Fürst und Prinzessin Clementine beabsichtigen, einige Zeit in Ostrumelien zuzubringen.

**Die Woche, 14.-20. Juni 1888**

Als am Freitag, den 15., der Welt kund wurde, dass Kaiser Friedrich ausgerungen, da ging ein Zug tiefster Bewegung durch alle Welt. Überall empfand man es, was Friedrich dem deutschen Volke hätte sein können, wenn ihn nicht die tückische Krankheit daran gehindert hätte. Niemand kann sich verhehlen, dass dieser Kaiser auf dem Throne eine ethische Größe bedeutet hätte, die das Größte hätte hoffen lassen. Aus allen Teilen der Welt laufen Stimmen ein, die die tiefste Teilnahme für den edlen Herrscher bekunden. Die Bestattung fand Montag vormittag 1/2 II Uhr statt. Wilhelm II. hat nach seiner Thronbesteigung das erste Wort an die Armee gerichtet. Wir wollen nur die markantesten Stellen hervorheben: «In der Armee ist die feste, unverbrüchliche Zusammengehörigkeit zum Kriegsherrn das Erbe, welches vom Vater auf den Sohn, von Generation zu Generation geht; und ebenso verweise ich auf meinen Großvater, das Bild des glorreichen und ehrwürdigen Kriegsherrn, wie es schöner und zum Herzen sprechender nicht gedacht werden kann; auf meinen teuren Vater, der sich schon als Kronprinz eine Ehrenstelle in der Armee erwarb ... ich gelobe dessen eingedenk zu sein, dass die Augen meiner Vorfahren auf mich herniedersehen.»

Die Proklamation des neuen Königs von Preußen wollen wir als die wichtigste Kundgebung desselben dem Wortlaute nach hierhersetzen:

An mein Volk! Gottes Ratschluss hat über uns aufs neue die schmerzlichste Trauer verhängt. Nachdem die Gruft über der sterblichen Hülle meines unvergesslichen Herrn Großvaters sich kaum geschlossen hat, ist auch meines heißgeliebten Herrn Vaters Majestät aus dieser Zeitlichkeit zum ewigen Frieden abgerufen worden. Die heldenmütige, aus christlicher Ergebung erwachsende Tatkraft, mit der er seinen königlichen Pflichten unge-

achtet seines Leidens gerecht zu werden wusste, schien der Hoffnung Raum zu geben, dass er dem Vaterlande noch länger erhalten bleiben werde. Gott hat es anders beschlossen. Dem königlichen Dulder, dessen Herz für alles Große und Schöne schlug, sind nur wenige Monate beschieden gewesen, um auch auf dem Throne die edlen Eigenschaften des Geistes und Herzens zu betätigen, welche ihm die Liebe seines Volkes gewonnen haben. Der Tugenden, die ihn schmückten, der Siege, die er auf den Schlachtfeldern einst errungen hat, wird dankbar gedacht werden, so lange deutsche Herzen schlagen, und unvergänglicher Ruhm wird seine ritterliche Gestalt in der Geschichte des Vaterlandes verklären.

Auf den Thron meiner Väter berufen, habe ich die Regierung im Aufblicke zu dem Könige aller Könige übernommen und Gott gelobt, nach dem Beispiel meiner Väter meinem Volke ein gerechter und milder Fürst zu sein, Frömmigkeit und Gottesfurcht zu pflegen, den Frieden zu schirmen, die Wohlfahrt des Landes zu fördern, den Armen und Bedrängten ein Helfer, dem Rechte ein treuer Wächter zu sein.

Wenn ich Gott um Kraft bitte, diese königlichen Pflichten zu erfüllen, die sein Wille mir auferlegt, so bin ich dabei von dem Vertrauen zum preußischen Volke getragen, welches der Rückblick auf unsere Geschichte mir gewährt. In guten und in bösen Tagen hat Preußens Volk stets treu zu seinem König gestanden. Auf diese Treue, deren Band sich meinen Vätern gegenüber in jeder schweren Zeit und Gefahr als unzerreißbar bewährt hat, zähe auch ich in dem Bewusstsein, dass ich sie aus vollem Herzen erwidere als treuer Fürst eines treuen Volkes, beide gleich stark in der Hingebung für das gemeinsame Vaterland.

Diesem Bewusstsein der Gegenseitigkeit der Liebe, welche mich mit meinem Volke verbindet, entnehme ich

die Zuversicht, dass Gott mir Kraft und Weisheit verleihen werde, meines königlichen Amtes zum Heile des Vaterlandes zu walten.

Potsdam, 18. Juni 1888. Wilhelm.

Durch kaiserliche Verordnung wird der Reichstag auf Montag, den 25. Juni, einberufen. Der Kaiser wird denselben selbst mit einer Thronrede eröffnen.

In Österreich sind es gegenwärtig die Delegationen, auf die das politische Interesse gerichtet ist. Da ist vor allem der freundlichen und von tiefem politischen Takte getragenen Art zu erwähnen, mit der von den ungarischen Staatsmännern das Bündnis mit Deutschland behandelt wird, so dass Graf Kalnoky mit Recht sagen konnte, es sei wohl kaum früher geschehen, dass ein als geheim abgeschlossener Staatsakt auf diese Weise in die Öffentlichkeit gebracht, mit so allseitiger Billigung begrüßt wurde. Auch auf die Wichtigkeit des Bündnisses mit Italien wurde hingewiesen, und es muss gewiss auch mit Befriedigung erfüllen, dass Kalnoky sagen konnte, der Abschluss des letzten Handelsvertrages mit diesem Reiche, das die handelspolitischen Beziehungen auf eine sichere Grundlage stellte, habe gezeigt, wie der leitende Staatsmann Italiens, Crispi, mit Energie und erleuchtetem Verständnisse die Politik im Sinne des engsten Zusammengehens seines Landes mit Deutschland und Österreich-Ungarn lenkt. In bezug auf die politische Situation Europas haben wir wohl nichts Neues erfahren. Auch Graf Kalnoky betonte, dass von den Ursachen, die im letzten Winter und früher den Frieden als gefährdet erscheinen ließen, keine geschwunden ist. Die Besorgnisse entspringen nicht allein aus den Zuständen auf der Balkanhalbinsel, als vielmehr aus der allgemeinen europäischen Lage, aus den Machtverhältnissen der einzelnen Staaten und den tiefgehenden Differenzen der Auffassung nicht so sehr der Kabinette als der Bevölkerungen. In bezug auf Bulgarien trat deutlich genug die Sympathie Österreich-

Ungarns für den Fürsten Ferdinand hervor, dessen offizieller Anerkennung von Seite der Monarchie nur der Umstand entgegensteht, dass die Türkei, der die Initiative zusteht, diese noch nicht ergriffen hat. - Bei der Besprechung des Kriegsbudgets hob Reichs-Kriegsminister Bauer hervor, dass in Zukunft in den Ausbildungsschulen mehr Sorgfalt auf die Pflege der ungarischen Sprache bei Offizieren gelegt werden soll, wodurch aber der gemeinsamen Armeesprache kein Eintrag geschehen soll. Das Ordinarium wurde einstimmig bewilligt.

Der Empfang, der dem österreichischen Kronprinzenpaare überall in Bosnien wurde, ist ein außerordentlich erfreulicher.

Fürst Ferdinand von Bulgarien dürfte nach den neuesten Nachrichten die Affäre Popow in einer dem letzteren günstigen Weise erledigen. Die Minister scheinen sich dem Willen des Fürsten anzuschließen, und es kann wohl nicht mehr von einer Kabinettskrise gesprochen werden. Der Fürst reist mit Prinzessin Clementine nach Philippopol ab, wo ihn Ministerpräsident Stambulow erwartet.

Die Stichwahlen in Belgien brachten den Katholiken sämtliche acht Sitze im Senat und einen in der Kammer.

In Madrid hat infolge der Differenzen, die zwischen dem einflussreichen Marschall Martinez Campos und dem Kriegsminister bestanden, dessen Militärreform sich der letztere widersetzte, eine Ministerkrise stattgefunden. Das neugebildete Kabinett Sagasta hat in der Kammer erklärt, nur eine Fortsetzung des vorausgegangenen sein zu wollen.

#### **Die Woche, 21.-27. Juni 1888**

Montag hat Wilhelm II. im Reichstag und Mittwoch im Preußischen Abgeordnetenhaus zu dem deutschen Volke gesprochen. Es waren Worte, die nach jeder Richtung hin Klarheit zu schaffen geeignet sind. Der neue Herrscher hat verkündet, dass er entschlossen sei, «als Kaiser und König dieselben Wege zu wan-

deln, auf denen sein hochseliger Herr Großvater das Vertrauen seiner Bundesgenossen, die Liebe des deutschen Volkes und die wohlwollende Anerkennung des Auslandes gefunden hat». Für uns Deutsche in Österreich sind die Worte des Kaisers über das Deutsch-Österreichische Bündnis von ganz besonderer Bedeutung: «Unser Bündnis mit Österreich-Ungarn ist allgemein bekannt. Ich halte an demselben mit deutscher Treue fest, nicht bloß, weil es geschlossen ist, sondern weil ich in diesem defensiven Bunde eine Grundlage des europäischen Gleichgewichtes erblicke, sowie ein Vermächtnis der deutschen Geschichte, dessen Inhalt heute von der öffentlichen Meinung des gesamten deutschen Volkes getragen wird und dem herkömmlichen europäischen Völkerrechte entspricht, wie es bis 1866 in unbestrittener Geltung war.» Diese Worte gehen aus einer tiefen, dem Geiste des Deutschtums und seiner geschichtlichen Entwicklung so entsprechenden Auffassung der Verhältnisse hervor, dass sie wohl in jedem Deutschen einen starken Eindruck machen und tiefe Befriedigung hervorrufen müssen. Die Erklärungen des Kaisers über die äußere Politik sind durchaus beruhigend. Überall in Europa wurden die Worte des neuen Herrschers der Deutschen in der sympathischsten Weise begrüßt.

Die österreichisch-ungarischen Delegationen sind mit ihren Arbeiten fast zu Ende. Die österreichische hat schon sämtliche Vorlagen in zweiter Lesung erledigt, der für außerordentliche Heeresauslagen beanspruchte 47 Millionen-Kredit ist einstimmig angenommen worden. Der Schluss der Session wird daher wahrscheinlich schon Donnerstag möglich sein. Gegen den 47 Millionen-Kredit wurde von Seite der Delegierten geltend gemacht, dass man in Hinkunft doch jene Auslagen, die als ständige zu betrachten sind, in das ordentliche Heereserfordernis aufnehmen soll, und dass die für die Volksvertretung unkontrollierbaren Pauschalkredite nicht zu hoch werden sollen. Bemerkenswert sind die Worte Apponyis in der ungarischen Delegation betreffs der Umwandlung der passiven Politik Österreichs in der Balkanfrage in eine aktive. Österreich-Ungarn dürfe nicht ruhig zusehen, wie Russland auf der Balkan-Halbinsel Politik

made, sondern müsse seinen ganzen Einfluss einsetzen, um die tatsächlich derzeit bestehenden Verhältnisse zur rechtlichen Anerkennung zu bringen. Kalnokys Rede in der Budgetdebatte der Delegationen, welche entschieden in Abrede stellte, dass Österreich an irgendwelche Eroberungen auf der Balkan-Halbinsel denke, hat in Griechenland einen Umschwung der Gesinnungen gegen Österreich hervorgerufen, wo man bisher nicht verstand, dass Russland und nicht Österreich der Feind der freien Entwicklung der Balkanvölker ist.

Fürst Ferdinand von Bulgarien steht noch immer der Verurteilung Popows als einer ungelösten Frage gegenüber. Die letzten Nachrichten scheinen doch darauf hinzudeuten, dass die Sache ohne Ministerkrise abgehen wird.

Die Boulangisten sind untereinander uneinig, Michelin und Genossen werden fortan nur dann dem General folgen, wenn er das von ihnen ausgearbeitete radikale Programm annimmt. Der französische Ministerrat hat die vom Institut de France angesuchte Aufhebung der Verbannung des Duc d'Aumale abgelehnt.

In Spanien verwarf die Kammer ein Amendement betreffend die offizielle Beteiligung Spaniens an der Pariser Weltausstellung.

Das englische Oberhaus hat am 18. Juni die Salisbury-Bill zur Reform des Oberhauses angenommen. Die Bill ermächtigt die Königin, jährlich nicht mehr als fünf Peers auf Lebenszeit zu ernennen, von denen drei eine höhere Staatsstellung innehaben, die übrigen zwei sonst eine öffentliche Bedeutung haben müssen. Die Gesamtzahl der Peers darf niemals fünfzig überschreiten.

In Belgrad brachte König Milan am 24. Juni bei dem zu Ehren des Kabinetts veranstalteten Festdiner einen Trinkspruch aus, der bemerkenswerte politische Äußerungen enthält. Der König sagte, dass nur die in den letzten sieben Jahren begangenen Irr-

tümer in der Politik Serbiens es in letzter Zeit zur Entlassung eines auf das Vertrauen des Volkes gestützten Ministeriums gebracht haben.

**Die Woche, 28. Juni - 4. Juli 1888**

Die beiden Thronreden Kaiser Wilhelms II. wurden in ganz Europa in der denkbar günstigsten Weise aufgenommen, auch in Russland und sogar in - Frankreich. Sieht man von einigen russischen Zeitungsstimmen ab, die durch die scharfe Betonung der Zusammengehörigkeit Deutschlands und Österreich-Ungarns verstimmt sind, so ist deutlich wahrzunehmen, dass im Zarenreiche der neue Herrscher in der sympathischsten Weise begrüßt wird. Die Zusammenkunft Kaiser Wilhelms mit dem Zar, die in der Mitte des Juli stattfindet, wird gewiss zur Befestigung jener Beziehungen beitragen, die der Kaiser in seiner Thronrede als ein besonderes Herzensbedürfnis bezeichnete.

Puttkamer hat am 2. Juli in dem Unterstaatssekretär von Herrfurth einen Nachfolger bekommen. Der neue Minister des Innern steht keiner der parlamentarischen Parteien nahe, sondern ist ein im Verwaltungsdienste erfahrener Beamter. Diese Ernennung zeigt, über welche Summe von politischer Einsicht der neue Kaiser verfügt. In Deutschland scheint sich die Erkenntnis davon immer mehr Bahn zu brechen. Die deutschen Bundesfürsten sollen die außerordentlichen Eindrücke, die sie von dem männlichen Ernste und dem großen politischen Takt Wilhelms II. empfangen, besonders betont haben, und Fürst Bismarck konnte nach den übereinstimmenden Mitteilungen der deutschen Zeitungen einigen preußischen Pairs gegenüber die Hingebung des Herrschers, dessen Willensfestigkeit und Ruhe nicht genug betonen.

Die Nationalliberalen haben beschlossen, das Kartell mit den Konservativen nicht mehr zu erneuern.

Die österreichisch-ungarischen Delegationen haben ihre Sitzungen am 28. Juni geschlossen. Die Delegierten haben in richtiger Erkenntnis der zweifelhaften europäischen Lage sämtliche Forderungen der Heeresverwaltung bewilligt, freilich nicht, ohne dabei zu betonen, dass dieselben nunmehr jene Höhe erreicht hätten, über die hinaus nicht mehr gegangen werden könne; man habe an die Leistungsfähigkeit der Steuerträger die äußersten Anforderungen gestellt. Ein Blick auf die Delegationsverhandlungen ergibt, insoweit die Orientpolitik Österreichs in Frage kommt, ein erfreuliches Bild. Die Zustimmung unseres Auswärtigen Amtes zu der Lage der Dinge in Bulgarien, das Betonen der Ansprüche Griechenlands auf seine freie Entwicklung sind ein Zeugnis dafür, dass Österreich weiß, was den Balkanvölkern frommt.

Am 1. Juli hielt Graf Apponyi vor seinen Wählern eine Rede, in der er auseinandersetzte, welche Beweggründe die Delegationen geleitet haben, als sie den hohen Erfordernissen der gemeinsamen Regierung ihre Zustimmung erteilten: «Wir wollen den Frieden und sind der festen Überzeugung, dass die Entschlossenheit den Frieden sichern, Schwanken aber zum Krieg führen wird.»

Im Deutschen Verein in Prag hielt Prof. Knoll eine Rede über die politische Lage. Er tadelte das Verhalten der Deutschen im letzten Sessionsabschnitte in mehrfacher Weise; besonders wandte er sich gegen die Wiener Pseudo-Demokraten und die Antisemiten.

Der Botschafter in London, Graf Karolyi, trat mit 20. Juni in den bleibenden Ruhestand.

Papst Leo XIII. hat am 28. v. M. eine Enzyklika erlassen, in der er die von den Modernen vertretene Freiheitsidee entschieden verdammt und einen im Sinne der Kirche gehaltenen «wahren Freiheitsbegriff» konstruiert, der seiner scholastischen Sophistik alle Ehre macht, dem modernen Bewusstsein aber einmal entschieden fremd ist.

Prinz Ferdinand von Bulgarien hat das Urteil an Popow bestätigt und denselben nachher begnadigt. Auf diese Weise hat er den beiden gegnerischen Parteien im Ministerium Genüge getan und eine schwierige Frage in einer Weise gelöst, wie sie sich dem Lande am günstigsten erweist. Einige Freunde Popows wurden wegen Demonstrationen verhaftet.

Das Ministerium Salisbury hat den Ansturm der Opposition glücklich bestanden. Morleys Tadelsvotum wurde vom Hause mit 366 gegen 273 Stimmen zurückgewiesen.

In Frankreich ist das Ministerium Floquet in einer Klemme. Es kann den Opportunisten gegenüber in der Kammer nicht aufkommen. Das Abgeordnetenhaus akzeptierte gegen das Ministerium den Antrag, dass die Budget-Kommission nur bei Anwesenheit von 17 Mitgliedern beschlussfähig sei. Die zweite Schlappe bildete die Wahl der Budget-Kommission selbst, in der die Opportunisten mit 20, die Anhänger der Regierung mit 13 Mitgliedern vertreten sind. Außerdem ist Rouvier, der Finanzminister Gambettas, einer der hervorragendsten Führer der Opportunisten, zum Präsidenten der Kommission ernannt worden. Flourens interpellierte am 3. wegen der Affäre in Carcassonne, wo der Maire sich den Anordnungen der Justiz widersetzte und die Regierung kompromittiert sein soll; das Kabinett erhielt aber ein Vertrauensvotum.

In den Vereinigten Staaten sind nun Cleveland von den Demokraten und Harrison von den Republikanern endgültig als Kandidaten für die Präsidentschaft aufgestellt.

#### **Die Woche, 5. - 11. Juli 1888**

Die Abreise Kaiser Wilhelms wird am 15. Juli und die Ankunft am 20. Juli in Peterhof erfolgen. Graf Herbert Bismarck begleitet den Kaiser.

Freitag fand unter dem Vorsitze des Kaisers ein Kronrat statt, in dem der letztere die Räte der Krone aufforderte, ihm in gleicher

Weise wie seinem Vater und Großvater ergeben zu sein, und indem er sagte, dass er genau im Sinne dieser seiner Vorfahren regieren wolle, dass die Botschaft von 1881 die Grundlage der sozialen Gesetzgebung und die Verträge mit Österreich und Italien jene der äußeren Politik sein sollen.

Immer bestimmter tritt die Meldung auf, dass der Unterrichtsminister Gautsch plane, den tschechischen Juristen die Ablegung ihrer Staatsprüfungen in böhmischer Sprache zu gestatten, wenn sie auf Staatsanstellungen verzichteten. Die deutschnationalen Abgeordneten Steinwender (in Villach), Bendel (in Reichenberg) und Richter (in Korneuburg) haben Wählerversammlungen abgehalten, um ihren Wählern Rechenschaft über ihre Tätigkeit im Reichsrat zu erstatten. Dabei wurde von Seite der letzteren die Forderung gestellt, den Reichsrat zu verlassen, wenn in ähnlicher Weise, wie dies mit dem Branntweinsteuergesetz geschehen, die Interessen des Volkes geschädigt werden.

Am 5. Juli traf die Nachricht ein, dass König Milan bei der serbischen Synode um die Scheidung von der Königin Natalie eingeschritten sei. Er hat sich aber zuletzt mit einer bloßen Trennung einverstanden erklärt. Damit ist die Forderung verbunden, dass der Kronprinz von der Seite seiner Mutter genommen und im Lande erzogen werden soll. Die Königin weilt gegenwärtig in Wiesbaden, wo sie bis zur Austragung des Prozesses verbleiben soll. Der Bischof Demetrius von Nisch und der Kriegsminister Protic haben sich zur Königin begeben, um den Kronprinzen zurückzufordern und die Scheidung einzuleiten. Der Bischof ist bereits nach Hause gereist, um der Synode von seiner erfolglos gebliebenen Mission zu berichten, während Protic in Wiesbaden verblieben ist, um nach Entscheidung der Angelegenheit den Kronprinzen nach Serbien zu bringen.

In Frankreich hat der Senat den Artikel 37 des Rekrutengesetzes in zweiter Lesung angenommen, der die aktive Dienstleistung in der Armee auf drei Jahre, den Reservedienst auf sechseinhalb Jahre feststellt. Der Graf von Paris versandte an die Gemeinden ein Manifest, in dem er die Monarchie als den Hort der Ge-

meinfreiheit hinstellt. Es wurde konfisziert. General Boulanger hat Sonntag in Rennes bei einem Bankette eine Rede gehalten, in der er wieder die Auflösung der Kammer und der Verfassungsrevision als Notwendigkeit aussprach. Am 10. fand in Saint-Sevant Boulanger zu Ehren ein Bankett statt.

Im Englischen Unterhaus stellte Fenwick den Antrag auf Wiedereinführung der Diäten für die Deputierten, den Gladstone unterstützte. Der Antrag wurde mit 192 gegen 35 Stimmen abgelehnt. Parnell hat einen Antrag wegen Einsetzung eines Ausschusses gestellt mit der Aufgabe, die gegen den irischen Führer erhobenen Anklagen zu prüfen. Die große Zahl noch nicht erledigter Vorlagen wird eine Herbstsession des Parlaments notwendig machen.

In den Niederlanden muss wegen des hohen Alters und der geschwächten Gesundheit des Königs eine Vormundschaft für die junge Prinzessin Wilhelmine, die nach dem Erbfolgegesetz den Thron besteigen soll, eingesetzt werden, in die sich die Königin und einige angesehene Niederländer teilen sollen. Die Kammer tritt deshalb am 16. d. M. zusammen.

In Italien genehmigte der Senat die Regierungsvorlagen betreffend die Eisenbahnen und die Finanzmaßnahmen. Dem Ministerpräsidenten Crispi, dann den Ministern Magliani und Grimaldi wird das Großkreuz des österreichischen Leopold-Ordens verliehen.

Aus Sofia wird gemeldet, dass der Finanzminister von der Regierung die Ermächtigung zur Einstellung der Zahlungen für den ostrumelischen Tribut verlangte, weil die Pforte sich weigert, den ostrumelischen Postdienst und den Betrieb der Linie Bellova-Vakarel durch die bulgarische Gesellschaft anzuerkennen. - Prinz Ferdinand begibt sich mit der Herzogin Clementine und der Suite von Kalofer nach Burgas und Varna. Die wegen der Popow-Demonstration verhafteten Offiziere wurden in Freiheit gesetzt.

**Die Woche, 11.-18. Juli 1888**

Kaiser Wilhelm trat am 3. Juli mit großem Gefolge seine Reise nach Russland an, Samstag vormittag traf er in Kiel ein, um von da aus mit der kaiserlichen Yacht «Hohenzollern» die Reise zur See fortzusetzen. Die Begegnung des Kaisers mit dem Zaren soll Donnerstag am 19. auf der See stattfinden. An demselben Tage wird der deutsche Monarch in Kronstadt eintreffen, wo er während seines Aufenthaltes in Russland wohnen wird.

Eine interessante Beleuchtung erfährt das Charakterbild Kaiser Wilhelms durch eine eben erschienene Schrift seines ehemaligen Erziehers Hinzpeter.

Die am 10. Juli veröffentlichte, nach amtlichen Quellen verfasste Denkschrift der deutschen Ärzte Prof. Gerhardt, Schrötter, von Bergmann, Bardeleben macht ungeheures Aufsehen. Sie bildet eine schwere Anklage gegen Mackenzie, der geradezu als Kurpfuscher hingestellt erscheint. Es ist merkwürdig, dass diese Frage, die doch lediglich vom medizinischen Standpunkte aus beleuchtet werden sollte, zu einer politischen Parteifrage gemacht wird. Die Freisinnigen treten in ihren Organen für Mackenzie gegen die deutschen Ärzte ein, während die nationalen und konservativen Zeitungen das Vorgehen des englischen Arztes entschieden verwerflich finden. Wir bringen oben einen ausführlichen Artikel, der die Frage behandelt, wie das nach dem, was jetzt vorliegt, möglich ist.

Der deutsch-politische Verein von Saaz hielt am 15. eine Wanderversammlung in Kolleschowitz ab, in welcher Abgeordneter Krepek seinen Rechenschaftsbericht erstattete. Er tadelte in unterschiedener Weise die finanziellen Maßnahmen der Regierung und bedauert, dass zur Abhilfe der traurigen Lage der Bauern nichts geschehe. Abgeordneter Steinwender legte am 9. Juli vor seinen Wählern in Bleiberg-Kreuth seinen Rechenschaftsbericht ab, wobei er das Vorgehen der Regierung in der Branntweinsteuerfrage auf das schärfste angriff. In Brünn fand am 16. Juli unter dem Vorsitze des Reichsrat-Abgeordneten Promber

die Jahresversammlung des Deutschen Vereins statt. Hierbei wurde das Bestreben des Vereins als unter der Devise stehend bezeichnet: «National, staatstreu und einig»; der Liechtensteinsche Schulantrag wurde in der entschiedensten Weise zurückgewiesen.

Der serbische Kronprinz ist in seine Heimat zurückgekehrt. Königin Natalie musste den Sohn auf das entschiedene Begehren der deutschen Behörden ausliefern. Königin Natalie verweilte von Sonntag abends bis Dienstag in Wien und hat sich von hier aus nach Paris begeben.

Aus Sofia wird mitgeteilt, dass demnächst Zankoff aus Konstantinopel nach Bulgarien zurückkehren und zu einer Verständigung zwischen sich und Stambulow die Hand bieten wolle.

Am 12. stellte Boulanger in der Französischen Kammer neuerdings den Antrag auf Verfassungsrevision und Auflösung der Kammer. Die Art, mit der er es tat, und die unerhörten Insulten, die er den Gegnern ins Gesicht schleuderte, führten zu argen Auftritten. Schließlich überreichte der General sein fertig mitgebrachtes Schreiben mit dem Inhalte, dass er sein Mandat niederlege. Die Folge von Boulangers Auftreten war ein Duell auf Degen zwischen Floquet und Boulanger, wobei der letztere am Halse schwer verwundet wurde.

Am 13. fand die Enthüllung des Gambetta-Denkmal auf dem Karussellplatze statt. Floquet hielt eine die Bedeutung Gambettas beleuchtende Rede. Freycinet pries besonders die Standhaftigkeit, die Gambetta in allen Stadien des Krieges bewahrte, und die Hingabe, mit der er sich der Armee widmete.

Am 14. Juli fand das Fest des 99. Jahrestages der Erstürmung der Bastille in Paris statt. Präsident Carnot hielt eine Rede an die versammelten Maires, in der er erklärte, dass die Geschicke des modernen Frankreichs von der Republik nicht zu trennen seien.

Im Englischen Oberhause beantragte Argyll ein Vertrauensvotum für die Regierung wegen ihrer in bezug auf Irland verfolgten Politik. Dasselbe wird einstimmig angenommen.

In den letzten zehn Tagen des Juli findet in Kiew das Fest des neunhundertjährigen Bestandes des Christentums in Russland statt. Vor einigen Tagen wurde ein Ukas des Zaren veröffentlicht, der das bestehende Wehrgesetz wesentlich ab-ändert. Die Gesamtdienstzeit wird nun 18 Jahre dauern, und zwar fünf Jahre in der aktiven Armee, 13 in der Reserve. Die russische Armee erfährt dadurch eine Erhöhung von 500000 auf 600000 Mann.